Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließl. Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:

Die 6gespaltene Petitzeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 2gespaltene Reklamezeile 80 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 25 | Danzig, Sonnabend den 23. Juni 1917 | 8. Jahrgang

Der Friede und Deutschlands Sozialdemokratie

Antwort der deutschen Sozialdemokraten auf die Fragen des Stockholmer Komitees

Die ausführliche Denkschrift zur Wiederherstellung des Weltfriedens, die die Vertretung unserer Partei dem holländisch-skandinavischen Komitee in Stockholm vorgelegt hat, und deren ausführlichen Text wir heute unsern Lesern unterbreiten, bleibt ein Kulturdokument des Friedens und der Klugheit von hoher geschichtlicher Bedeutung.

Was an diesem Schriftstück nicht uns, wohl aber ausländischen Lesern auffallen wird, das ist der Ton vollkommener sachlicher Nüchternheit. Dieser Ton stimmt völlig überein mit dem bisherigen Gesamtverlauf, den die Stockholmer Konferenz unter ihrer ausgezeichneten Leitung genommen hat. Man darf von den deutschen Delegierten ohne weiteres voraussetzen, daß auch sie nicht ohne Leidenschaft sind, und daß die drei furchtbaren Jahre an ihrem Empfinden nicht eindruckslos vorübergingen. Sie hätten das Recht gehabt, klingende Redensarten, an denen manche Sozialisten des Auslandes sich selber und andere berauschen, auf ihren sachlichen Gehalt zu untersuchen.

All dies zu tun, haben sie klüglich unterlassen. Sie wußten, daß ihrer Leidenschaft Leidenschaft von der anderen Seite erwidern würde. Sie sahen voraus, daß sich eine Debatte, die sich auf die Kritik von Schlagworten erstreckt, ins Uferlose verlieren müßte. So aber haben sie gezeigt, daß sie nicht ausgegangen sind, um Streit zu suchen, sondern um Arbeit. **Arbeit für den Frieden zu leisten und daß es ihnen darauf ankam, nicht für sich selbst, sondern für die Welt zu wirken.**

Nichtdestoweniger bleibt die deutsche Denkschrift von Stockholm eine Parteischrift in doppeltem Sinne. Eine Parteischrift des Sozialismus und eine Parteischrift der deutschen Sozialdemokratie. Die Vertreter unserer Partei sind nach Stockholm gereist, nicht um dort wirkliche deutsche Interessen preiszugeben, sondern um sie zu vertreten und sie zugleich mit den Interessen der ganzen leidenden Menschheit in Einklang zu bringen. Zwischen den scheinbar widerstreitenden Interessen der Völker die verbindende Brücke zu schlagen, dem Weltproletariat gegenüber der nationalen Zerrissenheit der herrschenden Klassen sein Eigendasein zum Bewußtsein zu bringen, das ist die hohe Aufgabe, die sich der Sozialismus gestellt hat. Und die er zum Heil der Völker nie und nirgends auch nur einen Augenblick hätte verlassen sollen.

Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie glauben den Beweis erbracht zu haben, daß sie sich dieser hohen Aufgabe stets bewußt geblieben sind und daß sie ihr auch dadurch keinen Abbruch taten, daß sie für die Verteidigung des eigenen Landes eintraten und noch eintreten.

Darf nun die deutsche Denkschrift irgendwo außerhalb der Partei selbst — von den erwachten Teilen des deutschen Bürgertums abgesehen — auf ruhige und gerechte Würdigung rechnen? Die deutsche Chauvinistenpresse wird natürlich über sie herfallen, weil sie die entschiedene Absicht zeigt, mit dem Grundsatz: „Keine Eroberungen und keine Entschädigungen!" Ernst zu machen. Was tuts? Die deutsche Sozialdemokratie steht — sehr zum Unterschied von anderen sozialistischen Parteien — seit Jahr und Tag im Kampf mit den Imperialisten ihres Landes und ist's gewohnt, von ihnen geschmäht zu werden!

Wichtiger als diese unvermeidlichen Begleitgeräusche ist uns die Aufnahme, die die Denkschrift bei dem Proletariat des neutralen und des feindlichen Auslands finden wird. Und da wollen wir keineswegs die Hoffnung aufgeben, daß von ihr in breiten Schichten ein entscheidender Stimmungsumschlag zu erwarten ist. Die sozialistischen Parteien des Auslandes werden nicht umhin können, auf die ruhigen und sachlichen Ausführungen der Deutschen in der gleichen Weise zu antworten. Wo man aber wieder anfängt, nüchtern zu denken, da ist in den Wall der Leidenschaft und Lüge eine Bresche geschlagen, breit genug, daß sich die Hände begegnen können!

Niemand erwartet und verlangt, daß die ausländischen Sozialisten die deutschen Darlegungen als eine Heilsbotschaft unverändert und glaubensvoll aufnehmen. Mögen sie ihre gegenteiligen Ansichten zum Ausdruck bringen und ihre nationalen Interessen vertreten, wo sie diese nach ihrer Auffassung zu Unrecht verkürzt finden. Nur eins mögen sie nicht tun! Sie mögen nicht auf die sachliche Erörterung, die damit eingeleitet ist, mit Worten antworten, die statt vom Willen zum Frieden vom Völkerhaß eingegeben sind. Sie würden sich vor dem Tribunal des internationalen Sozialismus und der Weltgeschichte selbst verurteilen, wenn sie auf einen Verständigungswunsch mit blinder Vernichtungswut erwiderten.

Was die Denkschrift ausspricht, ist die Meinung der deutschen Sozialdemokratie, **nicht** die Meinung der deutschen Regierung. Damit ist gesagt, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Aktionen nach ihren eigenen Grundsätzen ausführt und nicht nach behördlichen Weisungen. Damit ist aber nicht gesagt, daß das, was die deutsche Arbeiterklasse ausspricht und will, für die späteren Handlungen der deutschen Regierung ohne Bedeutung ist. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland eine aufsteigende Macht. Sie repräsentiert einen ständig wachsenden Teil des deutschen Volkswillens, dessen Energie und Aktionsfähigkeit sich ständig steigert. Und darum ist das, was die Denkschrift über die Garantien des künftigen gesicherten Weltfriedens ausführt, nicht in den Wind gesprochen. Die deutsche Sozialdemokratie wird einer der Garanten der kommenden internationalen Verträge sein.

Der rasch herbeigeführte und durch Garantien gesicherte Weltfrieden ist aber ein Gut von so ungeheurem Wert, daß alles, was sich in Land und Geld an Werten und „Machtzuwüchsen" ausdrücken läßt, ihm gegenüber unendlich gering erscheint. Mag die deutsche Denkschrift darum auch nicht von jedem in allen ihren Punkten vorbehaltlos gebilligt und angenommen werden, auf ein ehrliches Verstehenwollen wird sie bei allen rechnen dürfen, die nicht nur Sozialisten heißen wollen, sondern die es auch wirklich sind!

*

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt **einen Frieden der Verständigung.** Wie sie die Gewähr der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsfreiheit des eigenen Volkes fordert, so verurteilt sie auch die Vergewaltigung der Lebensinteressen der anderen Völker. Nur ein solcher Frieden trägt die Gewähr der Dauer in sich, nur er ermöglicht es den Völkern, die Atmosphäre feindseliger Spannungen zu überwinden und alle ihre Kräfte in den Dienst des sozialen Aufstiegs und der Förderung höchster nationaler und menschheitlicher Kultur zu stellen.

Von dieser allgemeinen Zielsetzung aus haben wir dem Vorschlag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats auf

Frieden ohne Annexionen und Kontributionen

auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung unsere Zustimmung gegeben. Daraus ergibt sich unsere Stellungnahme zu den Einzelpunkten wie folgt:

1. **Annexionen:** Wir sind Gegner gewaltsamer Gebietsaneignungen. Bei Grenzveränderungen auf Grund beiderseitiger Verständigung muß der betroffenen Bevölkerung, soweit sie das Verbleiben bei dem alten Staatsverband wünscht, die rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeit der Umsiedlung gesichert werden.

Mit der Verwerfung aller gewaltsamen Annexionen ist selbstverständlich auch die Rückgabe entrissener Kolonien gefordert.

2. **Kriegsentschädigungen:** Die Aufzwingung einer Kriegsentschädigung ist zu verwerfen. Sie wäre auch nur nach vollständiger Niederschlagung einer der kriegführenden Parteien zu erreichen. Jeder Tag weiteren Kampfes aber erhöht die Summe der Opfer an Gut und Blut für beide Teile so gewaltig, daß schon aus diesem Grunde eine Hinauszögerung des Friedens, um Entschädigungen zu erzwingen, nicht zu verantworten wäre. Die ökonomische Versklavung eines Volkes durch das andere würde aber auch einen dauernden Frieden unmöglich machen.

3. **Wiederherstellung:** Soweit mit dieser Frage die politische Wiederherstellung, das heißt die Wiederaufrichtung der staatlichen Unabhängigkeit gemeint ist, beantworten wir sie mit ja.

Ablehnen müssen wir dagegen den Gedanken einer einseitigen Verpflichtung zur Wiederherstellung von Zerstörungen in den vom Krieg betroffenen Gebieten. Diese Schäden sind auf allen Kriegsschauplätzen von Freund und Feind bei Vorstößen oder Rückzügen, zum Teil als unmittelbare Wirkung des Feuerkampfes, zum Teil als mittelbare Maßnahme zur militärischen Sicherung erfolgt. Eine nachträgliche Feststellung des Ursprungs der einzelnen Zerstörungen und Prüfung auf ihre militärische Berechtigung hin erscheint uns ungemein schwierig. Eine einseitige Schadenersatzpflicht wäre nichts anderes als eine Kriegsentschädigung in verschleierter Form.

Für Staaten, die aus eigener Kraft ihr durch den Krieg zerstörtes Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, kann internationale finanzielle Hilfe auf Grund gegenseitiger Vereinbarung vorgesehen werden.

Im übrigen betrachten wir Sozialisten die Zerstörung von privatem Eigentum nur als den geringsten Teil des angerichteten Schadens. Der größte Verlust, der die Menschheit betroffen hat, die Vernichtung von Menschenleben, von Arbeitskraft und Menschenglück läßt sich nicht ersetzen.

4. **Selbstbestimmungsrecht der Nationen:** Wir verstehen unter dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht der Völker auf Aufrechterhaltung oder Neuaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit.

Als erste Gruppe kommen hier die Staaten in Betracht, die wie Belgien sowie Serbien und andere Balkanstaaten ihre Unabhängigkeit in diesem Kriege verloren haben.

Wir sind für die

Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens.

Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands oder Frankreichs werden.

Hinsichtlich Serbiens und der anderen Balkanstaaten schließen wir uns dem von unseren österreichischen Genossen Gesagten an.

Eine zweite Gruppe, für die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Frage kommt, bilden diejenigen Völker, die ihre ehemalige Selbständigkeit verloren hatten, durch die Ereignisse dieses Krieges aber von der fremden Oberherrschaft sich befreit sehen. Das trifft zu für Kongreßpolen und Finnland. Die Anerkennung des Rechts der Selbstbestimmung darf ihnen nicht versagt werden. Bei anderen fremdstämmigen Gebieten ist, soweit eine staatliche Unabhängigkeit nicht in Frage kommt, mindestens Autonomie zur Entfaltung des eigenen nationalen Lebens zu gewähren.

Eine dritte Gruppe bilden die ehemals selbständigen Völker gehobener Kultur, die früher das Opfer imperialistischer Unterwerfung geworden sind, deren staatsrechtliche Zugehörigkeit aber durch diesen Krieg keine Aenderung erfahren hat. Hierher gehören: **Irland, Aegypten, Tripolis, Marokko, Indien, Tibet, Korea** und andere Länder ehemaligen eigenen staatlichen Lebens. Die deutsche Sozialdemokratie bringt den Bestrebungen aller dieser Völker auf Wiedererlangung ihrer nationalen Freiheit die größte Sympathie entgegen und würde es begrüßen, wenn die Sozialisten der jene Länder beherrschenden Staaten ihre Stimme zugunsten der Befreiung jener Nationen vom Druck der Fremdherrschaft erheben wollten.

5. **Autonomie der Nationalitäten:** Soweit hierunter die kulturelle Autonomie der innerhalb eines größeren Staatsverbandes eingegliederten fremdsprachigen Teile gemeint ist, wird die deutsche Sozialdemokratie gemäß ihrer seitherigen Stellung auch fernerhin für deren **weitherzigste Einräumung** eintreten. Für das Deutsche Reich kommen hier die Ansprüche unserer in Nordschleswig, Posen und Westpreußen sowie in Elsaß-Lothringen wohnenden Mitbürger, dänischer, polnischer und französischer Muttersprache in Betracht. **Wir verurteilen auf das schärfste jede Beeinträchtigung im Gebrauch der Muttersprache sowie sonstige Behinderung der freien Pflege ihrer besonderen nationalen Eigenart und Kultur,** solche in das Gebiet eines Staates übergreifenden Teile anderer Nationen sollten nicht Hemmungen und Hinderungen wechselseitiger freundnachbarlicher Beziehungen bilden, sondern Verständigungsbrücken von Volk zu Volk, von Kultur zu Kultur sein. Die Herbeiführung wahrer demokratischer Zustände in allen Ländern wird die Erreichung dieses Zieles ermöglichen.

Was die Verhältnisse der verschiedenen Nationalitäten innerhalb des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes betrifft, so schließen wir uns auch hier dem von unseren österreichischen Parteigenossen Gesagten an.

6. **Elsaß-Lothringen:** Was das in dem Fragebogen des Komitees unter Nationalitäten mit aufgezählte Elsaß-Lothringen anlangt, so ist zunächst zu sagen, **daß Elsaß-Lothringen niemals weder ein selbständiges nationales Staatswesen war, noch überhaupt als eine besondere Nationalität angesehen werden kann. Seiner ethnographischen Natur nach, das heißt nach Abstammung und Sprache ist die Bewohnerschaft Elsaß-Lothringens zu beinahe neun Zehnteln deutscher Nationalität. Nur 11,4 Prozent der Bevölkerung sprechen französisch als Muttersprache.**

Elsaß-Lothringen gehört auch weiterhin nicht zu den Gebieten, die durch den Gang des Krieges ihren Besitzer gewechselt haben; es ist, von einem schmalen Grenzstreifen abgesehen, im Machtbereich des deutschen Staates geblieben. Die Aufrollung der Frage seiner staatlichen Zugehörigkeit ist also auch von diesem Gesichtspunkte aus nicht zu begründen.

Die ursprünglich staatsrechtlich wie ethnographisch zu Deutschland gehörigen elsaß-lothringischen Gebiete sind neben anderen Gebieten von Frankreich seinerzeit auf dem Wege gewaltsamer Annexion aus dem Verbande des Deutschen Reiches herausgerissen worden. Durch den Frankfurter Frieden 1871 erhielten sie die ursprüngliche Staatszugehörigkeit wieder. Es ist sonach gänzlich ungerechtfertigt, von einem historischen Recht Frankreichs auf diese Gebiete zu sprechen. Die gewaltsame Erzwingung einer Rückgabe Elsaß-Lothringens wäre nichts anderes als eine Annexion und zudem größtenteils eine Annexion fremdsprachigen Gebiets durch Frankreich. Sie ist somit gemäß dem Grundsatz eines Friedens ohne Annexionen abzulehnen.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert für die Elsaß-Lothringer die Gewährung voller Gleichberechtigung als selbständiger Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches sowie den freiheitlichen demokratischen Ausbau seiner inneren Gesetzgebung und Verwaltung. Sie hat dies zuletzt in einer Beschlußfassung des Jenaer Parteitages von 1913, die von elsaß-lothringischen Genossen eingebracht war, festgelegt. Mit der Reglung der elsaß-lothringischen Frage in diesem Sinne bundesstaatlicher Gleichberechtigung und weitestgehender innerpolitischer Autonomie haben sich auch vor dem Kriege die französischen Parteigenossen einverstanden erklärt. Diese Reglung entspricht außerdem den wiederholt und noch neuerdings kundgegebenen Willens-

Äußerungen der aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen elsaß-lothringischen Volksvertretung.

Der Grundsatz eines Friedens ohne Annexion schließt freundschaftliche Vereinbarungen über Grenzberichtigungen, wo sie auch immer seien, natürlich nicht aus.

II. Hauptgrundzüge internationaler Vereinbarungen.

Das Recht eines jeden Volkes auf politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit kann unter Beachtung der berechtigten Lebensinteressen aller Völker nur dann dauernd garantiert werden, wenn es in den Friedensverträgen gelingt, ein einiges Völkerrecht in seinen Grundzügen festzulegen. Aufgabe der kommenden Friedensjahre wird es dann sein, das Staatsrecht, das Arbeiterrecht, das bürgerliche Recht, das Handelsrecht international nach einheitlichen Grundsätzen auszubauen, mit dem Ziele, eine immer engere Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft der Völker zu schaffen.

1. **Völkerrechtliche Bestimmungen:** Bereits in den Kriegszielleitsätzen, die der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 16. August 1915 aufgestellt haben, ist die Erstrebung eines durch

internationale Rechtseinrichtung

dauernd gesicherten Weltfriedens als höchstes sittliches Pflichtgebot gefordert.

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Kopenhagener internationalen sozialistischen Kongresses von 1910 fordern wir im einzelnen durch die Friedensverträge

die Anerkennung eines internationalen Schiedsgerichts, dem alle Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten vorzulegen sind.

Zur Verhinderung der Verletzung völkerrechtlicher Verträge ist eine überstaatliche Rechtsorganisation zu schaffen.

2. **Abrüstung und Freiheit der Meere:** In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen. Das Ziel der Abmachungen muß die Schaffung eines Volksheeres sein zur Verteidigung des Landes gegen kriegerische Angriffe und gewaltsame Unterdrückungen. Für die einzelnen Waffengattungen dieses Volksheeres ist die Dienstzeit durch internationalen Vertrag möglichst kurz zu bemessen.

Die im Kriege zulässigen Kriegsmittel sind vertraglich zu beschränken. Die Rüstungsindustrie ist zu verstaatlichen. Die Lieferung von Waffen und Munition aus neutralen Staaten an kriegführende Mächte ist international zu verbieten. Das Seebeuterecht ist zu beseitigen. Die Bewaffnung von Handelsschiffen ist zu verbieten. Die für den Weltverkehr wichtigen Meerengen und interozeanischen Kanäle sind unter internationale Kontrolle zu stellen.

Für die Sicherung des Welthandels während eines Krieges sind wirksame Garantien zu schaffen. Der Begriff der Bannware ist international festzulegen. Rohstoffe zur Bekleidung und Nahrungsmittel sind von der Bannwarenliste auszuschließen. Das Privateigentum ist gegen Eingriffe der Kriegführenden und Neutralen und der Neutralen untereinander ist auch im Kriegsfalle zu schützen. Der Begriff der Blockade ist neu festzusetzen.

3. **Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen:** Damit die Wiederannäherung der Völker nicht gehemmt wird, sind in die Friedensverträge Bestimmungen aufzunehmen, die Sicherheit dagegen gewähren, daß der Krieg als Wirtschaftskrieg fortgesetzt wird.

Durch die Friedensverträge muß die Verkehrsfreiheit zu Lande und zu Wasser wieder hergestellt werden.

Das Schutzzollsystem ist abzubauen. In die Friedensverträge ist die Meistbegünstigungsklausel aufzunehmen. Das handelspolitische Ziel muß die Beseitigung aller Zoll- und Verkehrsschranken bleiben.

Für die Kolonien ist die „offene Tür", das heißt gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung aller Völker, festzulegen.

Internationale Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Arbeiterinnen- und Kinderschutz und Heimarbeit sind nach dem bekanntgegebenen Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu regeln.

4. **Abschaffung der Geheimdiplomatie:** Wir fordern die Unterwerfung aller Staatsverträge und zwischenstaatlichen Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen.

III. Praktische Verwirklichung der Ziele.

Wir beziehen uns auf unsere Darlegungen zu 1 und 2. Im Interesse eines baldigen Friedens scheint es uns dringend geboten, in erster Linie die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu erörtern.

Studienkommissionen

können zweifellos wertvolle Vorarbeiten für fruchtbringende Auseinandersetzungen über die ökonomischen und nationalen Probleme leisten. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß es sich für den internationalen Sozialismus um die möglichst schnelle Herbeiführung des Friedens handeln muß. Dieser kann nach unserer Ueberzeugung als ein Verständigungsfrieden auf der Grundlage: „Keine Annexionen, keine Entschädigungen" erreicht werden, ohne daß zuvor besondere Studienkommissionen eingesetzt werden.

IV. Aktion der Internationalen.

Die europäischen Neutralen

sind ausnahmslos durch den Krieg in mehr oder weniger große Mitleidenschaft gezogen worden. Sie alle haben ein Interesse am baldigen Frieden. Sie sind deshalb bei der Neuregelung wirtschaftlicher, sozialpolitischer und rechtlicher Fragen internationaler Art heranzuziehen.

Die Mitarbeit der erwählten Volksvertretungen

erscheint als eine Selbstverständlichkeit. Angesichts der Erfahrungen, die das Proletariat aller am Kriege beteiligten Länder mit den Parlamentsmehrheiten im bisherigen Verlauf des Krieges gemacht haben, wird deren Mitarbeit freilich nur dann kriegsverkürzend sein, wenn die sozialistischen Parteien mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft wie auf ihre Regierungen so auch auf die Parlamente im Sinne der baldigen Herbeiführung des Friedens wirken.

Damit sind auch gleich die weiteren Fragen betreffend

Mitarbeit der Internationale während der Friedensverhandlungen

hinreichend beantwortet. Die Einwirkung der sozialistischen Parteien auf die Regierungen, die Volksvertretungen und auf die offizielle Friedenskonferenz muß seitens der sozialistischen Parteien aller kriegführenden Länder immer stärker werden.

V. Tätigkeit der sozialistischen Parteien für den Frieden.

Damit kommen wir zu der Frage, die auf Antrag der deutschen Delegation am 7. Juni dem Fragebogen noch hinzugefügt worden ist:

Bericht jeder Delegation über die Arbeit ihrer Partei zugunsten eines dauerhaften Friedens.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in zwei Heften eine „Sammlung der Erklärungen, Aufrufe und Reichstagsreden", in denen die Stellung der Partei zum Kriege und zu den Friedenszielen dargelegt wird, herausgegeben. In dieser Dokumentensammlung wird der Beweis geführt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die gleich allen anderen sozialistischen Parteien grundsätzlich auf dem Boden der Landesverteidigung steht, für den Friedensschluß seit dem ersten Tage des Krieges gewirkt hat, und daß sie für einen Verständigungsfrieden keine andere Voraussetzung kennt, als die Bereitschaft auch der Gegner zu einem solchen Frieden. Mit den in der Sammlung angeführten Parlamentsreden, Aufrufen und Erklärungen hat sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bei ihrer Friedensarbeit aber nicht begnügt. Sie hat in allen Teilen des Reiches Friedensversammlungen abgehalten, auch im ganzen Reiche Petitionen verteilt und unterzeichnen lassen, in denen unter strikter Ablehnung aller Eroberungspläne die Bereitschaft der Regierung zu Friedensverhandlungen verlangt wurde.

Diese Friedensarbeit ist von großem Erfolge begleitet gewesen. Erfolglos dagegen waren leider die Versuche der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die zerrissenen Fäden mit den sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs wieder anzuknüpfen.

Die Arbeit für den Frieden kann nur dann Erfolg versprechen, wenn sie gleichzeitig auf beiden Seiten unternommen wird. Das könnte geschehen und hätte unseres Erachtens längst geschehen müssen, ohne daß auf der einen Seite von der anderen etwas verlangt worden wäre, was einer Preisgabe der Sache des eigenen Volkes gleichgekommen wäre. Wir sollten auf allen Seiten aussprechen, daß wir nur die Pflicht haben, das eigene Volk zu verteidigen, nicht aber die Aufgabe, andere Völker für die wirklichen oder vermeintlichen Verbrechen ihrer Regierungen zu züchtigen. In diesem Sinne hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ununterbrochen gewirkt.

VI. Allgemeine sozialistische Konferenz.

Wir sind ohne Vorbehalt zur Teilnahme an einer allgemeinen sozialistischen Friedenskonferenz bereit, weil wir es für die selbstverständliche Pflicht eines jeden Sozialisten halten, für den Frieden zu wirken. Eine Auseinandersetzung über das Verhalten der sozialistischen Parteien wird sehr vereinfacht werden, wenn alle Sektionen in der von uns gewählten Form eine Sammlung der Dokumente über ihre Tätigkeit für den Frieden unterbreiten würden.

Von einer Erörterung der Schuldfrage, der wir nicht aus dem Wege gehen, können wir uns eine Förderung des Zwecks der Konferenz nicht versprechen. Es kann sich nicht darum handeln, über Vergangenes zu streiten, es muß sich vielmehr darum handeln, über das Zukünftige sich zu verständigen, nämlich über die möglichst schnelle Herbeiführung eines dauernden, unseren Grundsätzen und Idealen entsprechenden Friedens.

Gegen die Teilnahme aller sozialistischen Minderheitsparteien an der allgemeinen Konferenz haben wir nichts einzuwenden.

Stockholm, den 12. Juni 1917.

Die Delegation der Sozialdemokratie Deutschlands.

Fr. Ebert. Scheidemann. Herm. Müller. Molkenbuhr.
Ed. David. R. Fischer. Sassenbach. G. Bauer. C. Legien.

Kriegsnachrichten

U-Boot-Beute im Mai.

W. T. B. **Berlin**, 19. Juni. Nach amtlicher Meldung wurden im Mai insgesamt

869 000 Bruttoregistertonnen

Handelsschiffsraum durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte versenkt.

Seit Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sind insgesamt

3 655 000 Bruttoregistertonnen

versenkt worden.

Französische Sozialisten wegen Elsaß-Lothringen für Kriegskredite

Paris, 19. Juni. (Havas.) In der Kammer verlas Renaudel namens der sozialistischen Partei eine Erklärung, die die früheren Erklärungen erneuert und u. a. besagt: Die sozialistische Partei wird für die Kredite der nationalen Verteidigung stimmen, indem sie sich den Anstrengungen der Alliierten anschließt, um von den Mittelmächten Wiederherstellung des Rechts, Elsaß-Lothringens, das 1871 verletzt wurde, zu erlangen, [illegible] den besetzten Gebiete und den unterdrückten Nationen geschuldete Wiedergutmachung und endlich einen Frieden zu erlangen, der sich auf zwischenstaatliche Gerechtigkeit und das Recht der Völker gründet, selbst über sich zu bestimmen.

[illegible] Eduard Bernstein, der fortgesetzt die Rückgabe Elsaß-Lothringens fordert, kann stolz sein auf diese Wirkung seiner „friedens-fördernden" Tätigkeit.

Ribot verteidigt die Vergewaltigung Griechenlands

Paris, [illegible] Juni. [illegible] Kammer. Bei Eröffnung [illegible] Ribot die Tribüne und erklärte, [illegible] der Regierung abgegebenen Erklärungen [illegible] Ribot erinnerte daran, [illegible] vom Vertrag von 1864 verpflichtet sind, [illegible] in Griechenland [illegible]herzustellen. [illegible]

[illegible] vollkommen [illegible] überein, [illegible] worden war. Ribot [illegible] Depeschen, in denen dieser [illegible] habe und ferner, [illegible] die Entfernung des Königs [illegible] Ribot, hat in der [illegible] zeigt, daß die [illegible] in der Lage sind, ihre Verpflichtungen [illegible] nicht nur gegenüber dem ganzen Griechenland, sondern auch gegenüber allen Mächten und schließlich daß das [illegible] die Vertrauenswürdigkeit niederzuwerfen und die deutschen Manöver zu bekämpfen, darin besteht, [illegible]schlossenheit vorzugehen.

[illegible] und den Eingriff in die [illegible] einem Rechtsakt zu [illegible] ein solches juristisches Verfahren [illegible] Am Schlusse [illegible] Ribot durchaus den Charakter des Entente [illegible] Brutalität. [illegible] Kammer, die sich [illegible] Belgiens entrüsten konnte, nicht laut. [illegible] Verhandlungen zwei besonders große [illegible] für das Recht und die Freiheit der kleinen Nationen [illegible] Sharp und General Pershing. [illegible] Ovationen und Ribot [illegible] Ehre den Chaimen und die [illegible] Auf Griechenland [illegible] Nach Ribot [illegible] „faulen Frieden". Wir haben mit das [illegible]

An der Seite des französischen Bourgeois-Imperialisten Ribot bejubelte auch ein allerdings einziges deutsches Blatt die infame Vergewaltigung des Griechenvolkes! Es war die „friedensfreundliche" „Leipziger Volkszeitung", das Zentralorgan der „Unabhängigen", das ebenfalls wegen der „Brutalisierung Belgiens" blutige Tränen vergossen hat.

Die „Befreierin" Entente

Der „Vorwärts" schreibt unter der Ueberschrift: „Befreierstück der Entente": Das griechische Volk ist angeblich jetzt befreit. Die Entente hat zum erstenmal ein Stück ihres völkerbeglückenden Programms durchgesetzt. Griechenland darf nachrechnen, was die Befreiung Land und Volk gekostet hat. Die Entente raubte dem griechischen Volk, nicht dem Herrscher, die gesamte Handelsflotte, dann raubte sie dem Volke ein Stück nach dem andern vom Körper Griechenlands. Dann wurde über das Volk, nicht dem König, die Hungerblockade verhängt. Dies ist ein schwacher Vorgeschmack, wie die geplante Befreiung Deutschlands durch die Entente aussehen würde. Die Griechen sind immerhin Neutrale. Wir aber Feinde. Die Großmut, die Wilson dem besiegten Deutschland verheißt, erhält durch das Schicksal Griechenlands eine greifbare Gestalt. Griechenland ist ein deutlicher Beweis, daß jede Befreiung durch die Entente nicht nur teuer, sondern vernichtend teuer bezahlt wird.

Rußlands Sozialisten gegen die Entente-Heuchelei

W. T. B. Amsterdam, 15. Juni. Nach dem „Allgemeen Handelsblad" meldet „Daily Chronicle" aus Petersburg: Es steht fest, daß die Verbündeten Mühe haben werden, mit dem Vertreterausschuß der Arbeiter und Soldaten zu einer Meinungsgleichheit zu kommen, solange er seine gegenwärtigen Anschauungen nicht ändert. Die Aufnahme, die die englische, französische und amerikanische Note gefunden haben, wird jedem Zweifel darüber ein Ende machen. Die Veröffentlichung dieser Noten war das Signal für Ausbrüche in dem größten Teil der sozialistischen Presse Rußlands. Alle Verbündeten wurden gleichermaßen verurteilt. Die Noten wurden unbarmherzig zergliedert und man findet die alte bürgerliche und imperialistische Auffassung in neuer Form. Als der größte Sündenbock wird der Präsident Wilson gehalten. Seine Erklärungen über die Kriegsziele wurden mit den Worten „klingende Phrasen" abgetan. Der Petersburger Korrespondent des „Daily Chronicle" findet dies alles sehr entmutigend. Der russische Vertreterausschuß glaubt dabei, daß das Kriegsziel der Verbündeten, die Befreiung unterdrückter Völker, nur ein verschleiertes Streben nach Annexionen sei. Man könne sich kaum einen Begriff machen, wie die Verbündeten dem Vertreterausschuß noch mehr Zugeständnisse machen könnten, ohne ihn in seiner Haltung zu bestärken, die allen ehrlichen Hoffnungen auf einen demokratischen Frieden den Boden entschlägt.

Die Kriegsgründe Wilsons

Kopenhagen, 20. Juni. „Sozialdemokraten" melden aus Stockholm: Die drei amerikanischen Abgeordneten Goldfarb, Reinstein und Dawidowitsch erschienen gestern in der Sitzung des sozialistischen Komitees. Sie haben, nachdem die amerikanische Regierung ihnen den Paß verweigert hatte, unter dramatischen Umständen Amerika verlassen. Goldfarb führte eine schriftliche Erklärung der amerikanischen Socialist Party, der größeren der beiden amerikanischen Sozialisten-Parteien mit. Reinstein erklärte gegenüber einem Mitarbeiter von „Politiken", daß die Großkapitalisten Amerikas die Kriegserklärung Wilsons verursacht hätten. Amerika werde zurzeit von Morgan und Wallstreet regiert. Die Tochter Wilsons habe in diese Kreise hineingeheiratet. Wilson habe sich immer mehr von den Interessen der Kapitalisten leiten lassen. Eine Zeitlang habe man auch befürchtet, daß Rußland mit Deutschland einen Sonderfrieden abschließen und Amerika das bei den Alliierten als Waffenlieferant angelegte Kapital verlieren würde, wenn Deutschland Sieger bliebe. Diese Kapitalistensorgen hätten schließlich auf Wilson einen derartigen Druck ausgeübt, daß er das Land in den Krieg gestürzt habe. Die amerikanischen Sozialisten seien neutral, sie wünschen einen Frieden ohne Sieger, aber namentlich einen Frieden, der für das internationale Proletariat von Nutzen wäre.

Schutz der deutschen Kriegsgefangenen

Berlin, 16. Juni. Amtlich. Seit dem März 1916 wurden wie bekannt, deutsche Kriegsgefangene im Operationsgebiet der englischen Armee in Frankreich, zum Teil sogar in der Feuerzone, bei unwürdiger Behandlung und Unterbringung zu völkerrechtswidrigen Arbeiten gezwungen. Deutsche Proteste blieben erfolglos. Daher schritt die deutsche Heeresverwaltung im Februar d. Js. zur Vergeltung. Eine Anzahl englischer Kriegsgefangener wurde in die Feuerzone übergeführt und dort den gleichen Bedingungen unterworfen wie die kriegsgefangenen Deutschen hinter der Front. England war diese Gegenmaßregel vorher angedroht und gleichzeitig mitgeteilt worden, daß sie in Kraft bleiben würde, bis alle deutschen Kriegsgefangenen mindestens 30 Kilometer hinter der Front zurückgenommen würden, wo sie nicht mehr durch deutsches Feuer gefährdet sind. Die Gegenmaßregel hat ihren Zweck erreicht: die englische Regierung hat die deutschen Forderungen erfüllt und erklärt, daß die Rückführung aller deutschen Kriegsgefangenen auf 30 Kilometer hinte die Front nunmehr beendet sei. Daraufhin veranlaßte die Heeresverwaltung, daß auch die englischen Kriegsgefangenen auf mindestens 30 Kilometer hinter die Front zurückgeführt werden.

Deutschlands Feinde über seine Zerschmetterung

„Times" veröffentlicht am 19. 5. eine Zuschrift von E. B. Poulton. Darin erzählt dieser, er habe kürzlich den Brief eines angesehenen amerikanischen Gelehrten bekommen, der Deutschland genau kennt. Der Amerikaner schrieb darin, daß er auf den Endsieg der Verbandsmächte vertraut. Aber er fürchtet, daß die Verbandsmächte infolge ihrer höheren Zivilisation die Arbeit nicht gründlich genug tun werden: Manche Leute schrecken immer noch vor dem Gedanken zurück, daß Deutschland vollständig zerschmettert werden muß. Aber wenn das nicht geschieht, schrieben sich die zivilisierten Nationen der Welt praktisch ihr eigenes Todesurteil. Die Deutschen müssen am Ende des Krieges unbedingt in einen solchen Zustand gebracht werden, daß sie zumindest ein Jahrhundert lang ein geistig gebrochenes und unterdrücktes Volk bleiben.

Indien gegen Englands Tyrannei

In der „Neuen Zürcher Zeitung" erschien jüngst eine Zuschrift, die Indiens Loyalität gegenüber England feierte und versicherte, 99 Prozent der Bevölkerung sei mit der englischen Herrschaft zufrieden. Nur eine Handvoll anarchistisch veranlagter Hetzer der Studentenschaft redete von der Befreiung Indiens vom britischen Joch. Demgegenüber erklärt jetzt ein Indier im selben Blatt, es läge gerade umgekehrt. Ganz Indien verdamme die Grausamkeit der englischen Herrschaft und fordere volle Autonomie. Die indischen Nationalkongresse der letzten 30 Jahre, welche die gemäßigte Richtung der indischen Bewegung darstellten, böten den besten Beweis für den Wunsch des gesamten indischen Volkes, von der englischen Herrschaft loszukommen. Die Mittel, durch die die Engländer politische und militärische Macht in Indien erworben hätten, seien derartig, daß selbst die anständigen Engländer sich ihrer schämten. Indiens Leistungen für den englischen Kriegsfonds seien erzwungene Gaben.

8. Jahrgang
Nr. 25

Beilage zur Volkswacht

Sonnabend den
23. Juni 1917

Willkommen zum Danziger Parteitage

Sonntag tritt der westpreußische Bezirksparteitag zusammen. Er tagt wieder in Danzig, dem Vorort von Westpreußen, der schon manchen Parteitag beherbergt und zur Förderung der Arbeiterbewegung Westpreußens wesentlich beigetragen hat. Im Tagungslokal, dem „Kaffee Bürgergarten" in Schidlitz, ist mancher Meinungsstreit geklärt, sind politische und kommunale Kämpfe vorbereitet worden. An Kämpfen mit Gegnern des Sozialismus hat es in Danzig nie gefehlt. Hier sträubt sich der an seiner Kraft verzweifelnde Freisinn in hartnäckiger Verkennung der Verhältnisse noch immer, die vollberechtigten Ansprüche der organisierten Arbeiterschaft auf praktische Betätigung in der Kommune anzuerkennen. Daran hat selbst der unheilvolle Weltkrieg nichts zu ändern vermocht. Die Stadtverordnetenwahlen von 1914 und 1916 beweisen dies mehr als genug. Ehe die hiesigen Freisinnsführer der Sozialdemokratie einige Mandate für die Stadtverordnetenversammlung freiwillig abtraten, schlossen sie, wie schon früher, so auch während des Krieges, lieber das unnatürliche Bündnis mit den Zentrumskonservativen gegen die Sozialdemokratie. Aus Dankbarkeit dafür nahmen die weit schlaueren Partner den ahnungslosen Freisinnigen einen Rathaussitz nach dem andern ab. Bei der letzten Wahl konnte der gegnerische Block noch einmal mit knapper Mehrheit über die organisierten Arbeiter „triumphieren". Dabei kam ihm die ungerechte Bezirkseinteilung und die durch den Krieg geschaffene schwierige Lage unserer Parteiorganisation gegen die allgemeine Entrüstung über die liberale Benachteiligung der Danziger Kriegerfamilien zugute. Aber auch in Danzig wird dieser Zustand überwunden werden. Auch Haß und Verblendung gewisser proletarischer Kreise werden die schon stark ins Wanken geratene gegnerische Position nicht mehr retten können.

Dieser Parteitag ist eine Kriegstagung. Er war zeitlich schon vor einem Jahre fällig. Wenn er bis jetzt hinausgeschoben wurde, so deshalb, weil der Bezirksvorstand aus berechtigten Gründen zögerte, einen Kriegsparteitag abzuhalten. Aber die von den „Unabhängigen" vollzogene Parteispaltung und die dadurch geklärte Lage machten die Abhaltung notwendig.

Nach der Tagesordnung wird der Bezirksvorstand zunächst einen Bericht über seine Tätigkeit geben, der breiteren Raum einnehmen dürfte. Hier werden vorhandene Schwächen der Organisationsverhältnisse besprochen werden müssen, um, wo es nottut, Besserung herbeizuführen und Anregungen zu geben.

Die Volkswacht, die vier Monate lang vor Ausbruch des Krieges als Tageszeitung erschien, mußte wegen eines Verbots und widriger Verkehrsverhältnisse halber in den ersten Kriegstagen ihr Erscheinen einstellen. Seit dem 21. November 1914 erscheint sie mit einer kurzen Unterbrechung, die ein weiteres Verbot verursachte, wöchentlich einmal. Tapfer hat sie ihre Pflicht in der Verteidigung der Arbeiterinteressen getan und nie ihre sozialistische Weltanschauung verleugnet. Ein Referat über die Presse wird den Delegierten Gelegenheit geben, ihre Ansichten zu äußern und Wünsche zur Ausgestaltung und Förderung des einzigen westpreußischen Arbeiterblattes vorzubringen. Der Vortrag des Genossen A. Bartel: „Politische Rück- und Ausblicke" und die daran anschließende Aussprache sollen die Kriegspolitik der westpreußischen Sozialdemokratie festlegen und ihre organisatorische Stellung bestimmen.

Auf diesem Kriegsparteitage werden wir alten Freunden und Kampfgenossen nicht mehr die Hand drücken können. Nicht wenige sind bei der Verteidigung des Vaterlandes, für dessen Befreiung sie ein ganzes Leben lang, begeistert für die Ideale des proletarischen Sozialismus, trotz Not und Verfolgung gerungen, gefallen. Ehre ihrem Andenken! Andere schmachten in der Gefangenschaft des weiten Rußland, dessen freiheitliche Umwandlung auch ihnen helfen möge, oder unter den Beherrschern Englands und Frankreichs.

Der weitaus zahlreichste Teil der Genossen kämpft noch, nun schon im dritten Kriegsjahre, fern der Heimat und der gewohnten Arbeit an den flammenden Fronten. Sie verfolgen die politische und soziale Arbeit der Daheimgebliebenen, die allein ihre Aufopferung ermöglicht, und die ihre und Deutschlands Zukunft fördern soll.

Die mit dem äußeren Feinde kämpfenden Genossen werden in treuer Sorge um das Wohl ihrer Partei im Geiste bei uns sein und Ernst und Verantwortlichkeit von uns fordern. Aber sie können über das Schicksal der westpreußischen Sozialdemokratie beruhigt sein: **Als echt proletarische Gruppe des Klassenkampfes ging die westpreußische Partei auch in den Stürmen und Wirren des Weltkrieges, ohne einen Augenblick des Zauderns, stets fest und zielbewußt den Weg der proletarischen Pflicht.** So nahe auch die Kriegsvorgänge, vor den großen Siegen der Volksheere Hindenburgs und Mackensens, den Grenzen Westpreußens rückten und sie weit zu überschreiten drohten: die westpreußische Sozialdemokratie wußte, was sie ihrem Volke, dem Proletariat und dem Sozialismus schuldig war. Für sie gab es keinen von falsch verstandenem Gefühl gezeigten Irrweg. **Sie stand, im Geiste Bebels und Liebknechts, fest zu ihrem von übermächtigen Feinden schwerbedrohten Volke und seiner Zukunft, deren freiheitliche Ausgestaltung ihr vornehmstes und kraftbewußt gefördertes Ziel ist.**

Sie wird auf treuer Wacht im Osten nichts aufgeben von den großen Kulturzielen des Sozialismus. Einig mit der Gesamtpartei begrüßt sie freudig und stolz die internationale sozialistische Friedensarbeit in Stockholm, zu der die ganze Welt hoffnungsvoll und bewundernd aufblickt.

Die Bestätigung der Richtigkeit dieser Politik und des Wirkens für die Herbeiführung eines für Deutschland ehrenvollen Friedens wird die schöne und zugleich historische Aufgabe der Delegierten sein. Es wird, davon sind wir überzeugt, Ehrensache jedes einzelnen Vertreters sein, sein Bestes für die erfolgreiche Erledigung der Tagung zu tun. So wird auch dieser Kriegsparteitag, im Bewußtsein treu erfüllter Pflicht, vor der westpreußischen Sozialdemokratie, vor dem Urteil der feldgrauen Genossen und der Geschichte mitten im hoffnungsvollen Wirken der nordischen Friedens-Internationale mit Ehren bestehen. In dieser Ueberzeugung heißen wir die Delegierten in dem alten Freistaat Danzig, dem schönen „Nordischen Venedig", wieder einmal

herzlich willkommen!

Freiheit

Freiheit! Freiheit!
Du Wunderport, du Wunderwort!
Du Inbegriff der herrlichsten der Lieder,
wie klingst du in des Menschen Seele wieder!
Ein Wunderwort, ein Wunderhort,
der alles Schönste in sich birgt,
der alles Schönste aus sich wirkt!

Freiheit! Sie wird nicht ohne Mühe dein,
will wie ein schönes Weib errungen sein.
Nur kämpfend dringst du vor
zu ihrem köstlichen Genuß,
nur wenn du sagst: Ich weiß, ich muß
und kann nicht anders!

Leopold Jacoby.

Seehelden

Seit Stunden schon lag S. M. S. „König" an der Spitze des deutschen Gros in der Seeschlacht vor dem Skagerrak im schwersten Feuer. Prasselnd schlugen die Salven der feindlichen 30- und 38-Zentimeter-Geschütze um das Schiff ein, masthohe Wassersäulen aufwerfend; mit dumpfen Schlägen detonierten sie im Schiff. Am Kommandostand der Maschine übertönten die Läutewerke der Telephone und die Pfeifen der Sprachrohre den Schlachtenlärm. Befehle und Meldungen flogen hin und her bis in die entlegensten Räume und gaben Kunde, daß alles in Ordnung, alle Räder noch ineinander griffen. Da, plötzlich Meldung: „Dritter Kesselraum gibt keine Antwort!" Das bedeutete einen Kesselausfall, einen Fahrtverlust, einen Verlust an Dampfkraft, der jetzt, wo es darauf ankam, das Höchste zu leisten, besonders schmerzlich war. Daher hieß es, zu retten, was zu retten war, koste es, was es wolle!

Vorsichtig wurden die wasserdichten Türen, die nach dem Deck über den ausgefallenen Räumen führten, unter dem Schutze der guten Gasmaske geöffnet. Dichte braune Rauchgase erfüllten und verdunkelten das Deck. Tastend drangen die Reserven vor und patschten durch das Wasser, das die Räume bis zur Höhe des Türsülls überflutet hatte. Von anderer Seite wurde die Lüftung angestellt, und als es heller wurde und die elektrischen Lampen die tückischen Gasschwaden durchdrangen, war eine Uebersicht möglich. Eine schwere Granate hatte den Schornsteinhals dicht über dem Panzerdeck zerstört. Die eisenumschlossenen Niedergänge waren plattgedrückt, die Türen gesprengt und verbogen, die Luftschächte verbeult und die großen Lüftungsmaschinen, die die Luft sonst brausend unter die Kessel bliesen, waren verstummt. Nur eine Nottür, ein runder Panzerdeckel, war glatt aufgesprengt. Hier war ein Zugang nach unten möglich. Wie in einen Trichter strömte das Wasser hinein und hindurch sah man tief unten die Wache liegen, hingestreckt, wo der Dienst sie hingestellt hatte. Hinein also in den Trichter und zunächst die Menschen heraus. Sieben Betäubte wurden herausgebracht und nach den Verbandplätzen geschafft, wo es den Bemühungen der Aerzte gelang, fünf dem Leben zu erhalten. Dann gings daran, die Kessel wieder instand und so schnell wie möglich wieder in Betrieb zu setzen. In den anderen Kesselräumen mußte unterdessen durch erhöhte Dampferzeugung der Verlust, so gut es ging, ausgeglichen werden, und das hielt Material und Mensch nicht lange aus. Die Kessel selbst hatte das Panzerdeck geschützt, sie waren völlig intakt. Sie waren abgestellt wie nach einer Friedensübung, wenn es hieß: „Das Ganze halt!" Alle Ventile, alle Rohrleitungen, alle Hilfsmaschinen waren ordnungsgemäß geschlossen und abgestellt, und das hatten noch unsere Helden getan, die wir soeben hinausgetragen hatten. Die Hand am Werkteil hatten sie ihre Wacht gehalten und ihre Arbeit vollendet, dann erst sank die Hand!

Als alles emsig bei der Arbeit war, kam verstört und bleich der raumälteste Unteroffizier angestürzt, der erst vor kurzer Zeit herausgeführt worden war. Die Aerzte hatten ihn, nachdem er wieder zur Besinnung gekommen war, nicht mehr halten können. „Was wollen Sie denn?" — „Ich will helfen, das sind meine Kessel, die kennt kein anderer so wie ich!" Der Getreue griff beherzt zu. Er leistete wertvolle Hilfe, aber bald brach er unter der Nachwirkung der giftigen Gase zusammen.

Plötzlich wälzten sich schwarze Rauchwolken von der Nachbarabteilung herüber, und hindurch lohte die rote Glut. „Schläuche her, und das Feuer gelöscht!" Das brave Pumpenmeisterpersonal, ein paar Lumpen um Gesicht und Hände, ging hinein in die neue Hölle dem neuen Feinde entgegen.

Nebenan wurde gehämmert und gerichtet, und unten wurden die Kessel wieder klar gemacht. Aber bald war auch hier die Arbeit getan, und als dann die erste Lüftungsmaschine, ächzend und stöhnend zwar, aber doch brausend den scharfen Luftstrom unter die Kessel führte, als dann die ersten Feuer brannten und das steigende Manometer uns zeigte, daß alles wieder in Ordnung war, der Dampf stand, da ging ein Leuchten durch aller Augen, ein dankbarer Blick nach oben und ein treues Gedenken zu den Verbandplätzen, zu unsern Helden, die die Elemente gezügelt hatten, bevor sie abtraten, und die uns den Erfolg ermöglicht hatten.

Politische Rundschau

Oesterreich-Ungarn.

Polen bis ans Meer und Danzig

Wien, 15. Juni. Abgeordnetenhaus. Das Haus wählte den tschechischen Sozialdemokraten Tusar zum achten Vizepräsidenten. Der kroatische Abgeordnete Trefie Pavicic verzichtete als Protest dagegen, daß seine parlamentarischen Reden in dem gegen ihn angestrengten Prozeß als Beweismaterial verwendet wurden, aufs Wort. Abg. Wolf, deutsch-radikal, wandte sich gegen das Schlagwort „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen". Der polnische Sozialdemokrat Daszynski erklärte in Besprechung der Krakauer Resolution: Das Verlangen nach einem Zutritt zum Meer bedeute den Zugang durch ein Stück kanalisierter Weichsel zum Hafen von Danzig. Werde das nicht im Interesse Deutschlands liegen, die Bedeutung Danzigs zu heben und ihm ein riesiges Hinterland zu schaffen? Redner wünscht, daß sich recht bald eine starke, zielbewußte, polnische Regierung und eine wirkliche Volksvertretung im Königreich Polen bilde. Hruban (Tscheche) erklärt: Das böhmische Volk will Oesterreich und hält zu Oesterreich. Es will aber seine weiteste Selbständigkeit und Selbstbestimmung, jedoch im Rahmen der Monarchie.

Dr. Friedrich Adlers Begnadigung.

Wie bekannt, hat der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf an die Sozialisten der Mittelmächte gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, eine Bewegung zu entfesseln, um die Hinrichtung Dr. Friedrich Adlers zu verhindern. Wie uns jetzt telegraphisch gemeldet wird, wird das über Dr. Friedrich Adler gefällte Todesurteil nicht zur Ausführung kommen! Der Gerichtshof hatte sofort nach Fassung des Urteils eine Eingabe an den Obersten Gerichtshof gerichtet, worin die Umwandlung der Todesstrafe in mehrjährige Freiheitsstrafe verlangt wurde. Ein solches Anliegen wird immer bewilligt, so daß von einer Vollziehung der Todesstrafe nicht mehr die Rede sein kann.

Milderung der Zensur

Budapest, 10. Juni. Nach Blättermeldungen äußerte der neue Ministerpräsident über die Zeitungszensur, daß er als Abgeordneter von den oppositionellen Bänken aus eine Milderung der Kriegszensur in politischer Beziehung gefordert habe. Er stelle in Aussicht, daß die Zensur bezüglich der Beurteilung politischer Mitteilungen abgeändert und gemildert werde.

Demokratie in Ungarn

W. T. B. Budapest, 9. Juni. Der designierte Ministerpräsident Graf Moritz Esterhazy sagte heute einem Berichterstatter des „Az Est" folgendes: Mein Standpunkt bezüglich des Wahlrechts ist, daß ich die in dem Allerhöchsten Handschreiben skizzierte Wahlreform aufrichtig und ehrlich verwirklichen will. Ich habe für diesen Zweck auch die notwendigen Mittel. Ich will in demokratischer Richtung arbeiten. Natürlich kann die Demokratie in Ungarn nicht anders als ungarisch sein.

Wahlrechtsdemonstrationen in Ungarn

Die Verfassungspartei und der Wahlrechtsausschuß der hauptstädtischen Bürger und Arbeiter veranstalteten am 8. Juni in Budapest große Kundgebungen im Interesse des allgemeinen und geheimen Wahlrechts. Aus diesem Anlaß stellten sämtliche Fabriken und Betriebe auf vier Stunden die Arbeit ein. Sämtliche Geschäftsläden wurden gesperrt und die Kaffee- und Gachhäuser geschlossen. Auch der Straßenbahnverkehr ruhte. Eine auf hunderttausend Personen geschätzte Menschenmenge zog zum Stadthause, wo der Abgeordnete Vacsonyi im Namen der hauptstädtischen Bürgerschaft den Bürgermeister Barczai ersuchte, dem König im Interesse des allgemeinen und gleichen Wahlrechts eine Adresse zu überreichen. Barczai erklärte, er werde bereitwillig und aus voller Ueberzeugung den Wunsch seiner Mitbürger dem Könige verdolmetschen. Sodann begab sich der Bürgermeister zum König, um ihm die Wahlrechtsadresse zu überreichen. Die Kundgebung verlief sehr würdig.

Schweiz.

Deutschfeindliche Ausschreitungen.

Berlin, 20. Juni. Die „Voss. Ztg." meldet aus Genf. Genf war gestern abend der Schauplatz schwerer deutschfeindlicher Ausschreitungen. Das Schild des deutschen Konsulates wurde von Demonstranten, die nach einer Protestversammlung gegen den Fall Hoffmann-Grimm vor das deutsche Konsulat zogen, teilweise heruntergerissen, die Fensterscheiben teilweise eingeschlagen. Auch gegen das türkische und österreichisch-ungarische Konsulat und gegen deutsche Hotels und Restaurants fanden Kundgebungen statt. 14 Personen wurden verhaftet.

England

Gärende Unruhe

In einem „Die große Unruhe" überschriebenen Aufsatz der englischen Wochenschrift „John Bull" heißt es: Es wütet eine Feuersbrunst, eine grimmige und wirkliche, in Großbritannien, deren Existenz kein Mensch, der Augen und Ohren hat, bezweifeln kann. Wenn man vor einigen Tagen der Gerichtsverhandlung beiwohnte, wo die jungen Feuerbrände, die Unruhe gestiftet hatten, freigesprochen wurden, wenn man die Menge revolutionäre Lieder singen hörte, sobald das Gericht sein Urteil verkündet hatte, so weiß man, daß dies keine vorübergehende Phase des Frühlingswahnsinns ist, sondern der Widerhall jener Unruhe, die sich von einem Ende Englands bis zum anderen ausgedehnt hat.

Russische Umwälzung

Der sozialistische Sieg in Petersburg

825 000 sozialdemokratische Stimmen

Die Petersburger Stadtwahlen veranlassen den dortigen „Temps-Korrespondenten zu der Bemerkung, daß die gemäßigten Parteien, denen die Urheberschaft an der Revolution zukommt, eine empfindliche Niederlage erlitten haben. Die bürgerlichen Klassen hätten die provisorische Regierung bei diesen Wahlen vollständig im Stich gelassen. Es sei ein schwacher Trost, daß die für den Frieden um jeden Preis eintretenden Leninisten nur 117 000

Stimmen erhielten, während die übrigen sozialistischen Verbände mit 508 000 Stimmen die entschiedene Mehrheit gegen das genannte Element davontrugen. — Wenig zuversichtlich äußerte sich den Petersburger Vertretern der französischen Blätter gegenüber der neue Militärkommandant von Petersburg, General Kolemzow, der sich auf den Ausdruck der Hoffnung beschränkte, daß die russische Armee sich an ihre Pflichten erinnern werde. — Die Vereinigung der weiblichen Organisationen Rußlands arbeitete einen Gesetzentwurf aus, wonach alle weiblichen Personen von 18 bis 45 Jahren mit Ausnahme der Wöchnerinnen und Mütter von pflegebedürftigen Kindern im inneren Verwaltungsdienst für Arbeiten hinter der Front zu verwenden seien.

Eine Befreiung

Vor etwa zwei Jahren wurde der bekannte österreichische Schriftsteller Genosse Dr. Otto Bauer von den Russen gefangen und nach einem Ort in Sibirien gebracht. Genosse Bauer mußte als Offizier in der österreichischen Armee den Feldzug mitmachen. Wie wir einer Plauderei des Genossen Karl Kautsky, der zurzeit beim Kongreß in Stockholm ist, entnehmen, hatte die russische Revolution für den Genossen Bauer recht angenehme Folgen. Während Bauer sich in seiner Mußezeit bisher damit beschäftigte, eine Kriegsgefangenenzeitung herauszugeben, verhelfen ihm die Revolutionäre als wissenschaftlichen Hilfsarbeiter in sein Lebenselement, eine Bibliothek, und er hat Aussicht, nicht nur nach Petersburg, sondern sogar nach Stockholm zu kommen.

Demokratische Steuerpolitik

Der russische Finanzminister Schingarew sprach sich für eine Erhöhung der Steuern der wohlhabenden Bevölkerungsklassen, ferner für die Ermäßigung der Steuersätze für Kriegsverdienste, für die Einführung einer Steuer auf die Kurserhöhung für Obligationen und Aktien und für eine besondere Kriegssteuer für Personen aus, die vom Militärdienst befreit sind. Die Regierung beschloß die Eisenbahntaxen für Güter um 200, diejenige für Reisende um 50 Prozent zu erhöhen.

Danziger Nachrichten

Straßenbilder

Wenn man zurzeit einen Gang durch die innere Stadt macht, hat man scheinbar das alte, immer gleiche Bild vor Augen: die Menschen hasten aneinander vorbei, kaum des andern achtend, streben ihren Geschäften, ihren Einkäufen nach, betrachten die Auslagen oder schlendern müßig dahin. In Wirklichkeit ist ein Unterschied da. Es kommt nur darauf an, welche Beweggründe wir dem einzelnen zumessen, aus welchem Bedürfnis die Menschen in den Tag hinein leben.

Da stehen sie vor den Schaufenstern, besonders wo Lebensmittel ausgestellt sind, solche, die noch frei zu kaufen, aber teuer sind oder für den nötigsten Bedarf nicht in Betracht kommen. Eine große Zahl neuer Rezepte taucht fortgesetzt in den Läden auf, die unsere fehlenden Lebensmittel ersetzen sollen, dazu die vielen Sorten Kraftsuppen, Soßewürzen in aufdringlicher Aufmachung und fremdklingenden Namen. Satt wird man von all dem nicht; trotzdem wird es gekauft. Alles probiert und versucht man, ob es nicht dem Küchenzettel etwas aufhelfen kann.

Da sind die Delikatessengeschäfte. Viele lüsterne Blicke streifen die feinen, geräucherten Fische, die in Gelee und die in Büchsen, betasten sie förmlich mit den Augen, immer wieder die lockenden Aufschriften verfolgend und die verschwinglichen Preise. Und seufzend geht man zum nächsten Laden, sucht mit gleicher Geduld alles ab, prüfend und abwägend. Am Ende ists doch umsonst. Etwas ist doch nicht für alle. Das Geld setzt keine Grenzen auf.

Dort sind bunte Seidenstoffe und Kostüme ausgestellt. Daher schauen die meisten freilich nur aus Neugier. Denn zu staunen gibt es hier genug, die Stoffe haben augenblicklich bloß zwei Eigenschaften. Entweder sie sind gut von 20 Mk. an aufwärts oder sie sind sehr schlecht unter diesem Preis. Karten und ohne Bezugsschein steht man davor. Neben der Nahrung wäre ja auch Kleidung nötig — wenn halt nicht auch das Geld so nötig wäre. So ist es mit den Stiefeln. Je unwahrscheinlicher uns aber ein Kauf anmutet, desto länger und gründlicher wird alles besichtigt. Warum auch nicht, wenn ohnedies nichts Besseres dabei herauskommt.

So ist man andauernd beschäftigt bei einem Gang durch die Stadt. Die Warenhäuser und die Menschen dazu reden eine [illegible] Sprache, eine wesentlich andere, wie in guten Zeiten. Kein rechtes Verhältnis kann mehr aufkommen. Zwischen Wollen und Entsagen, zwischen Können und Müssen [illegible] neuer Weg, der doch begangen werden muß.

Der Möglichkeiten sind wir gesichert durch Organisation und wieder Organisation. Zum Erschrecken kommen wir nicht mehr, weil jede neue Verordnung schön und gut vorbereitet an uns herantritt. Wie wir früher auf viel Schönes stets [illegible] waren, werden wir es hoffentlich in Bälde ebenso sein, wenn das Gute wieder eintritt.

Der westpreußische Parteitag

[illegible] Sonntag den 24 Juni vormittags 11 Uhr in Danzig-Langfuhr, Kaffee Bürgergarten statt. Die Tagesordnung ist von [illegible] Bedeutung für die Danziger Parteigenossen. Beim ersten Punkt der Tagesordnung wird die grundsätzliche Stellung der westpreußischen Sozialdemokratie zu den Kriegsfragen erörtert werden. Parteimitglieder, die sich als solche ausweisen können, haben das Recht, den Verhandlungen als Gäste beizuwohnen.

Der Wintergarten

erfreut auch diesmal seine Besucher wieder durch ein reichhaltiges abwechslungsvolles Programm. Luzie Bernardo eröffnet den Vortragsreigen mit wirkungsvoll gesungenen Liedern. [illegible] und Klara Burgas [illegible] machen sich als Meister [illegible] Vorführungen mit [illegible] Kunststücken. Ein eigenartiger Billardkünstler ist Ambros, der sich als Schlangenmensch betätigt. Reichlich kommt der Humor im Programm zur Geltung. Dafür sorgen beim Spiel die musikalischen Spaßmacher Gebr. Birardo. Vom vorigen Spielplan her ist der Humorist Otto Röhr bereits bekannt. Er bringt wieder in seiner wirkungsvollen Art neue zündende Couplets, die ihm stürmischen Beifall eintragen. Die Damen Zelg-Bolz erfreuen in ihrem elektro-musikalischen Akt die Ohren des Publikums durch ihr flottes klangvolles Glockenspiel und die Augen durch feenhafte Beleuchtung der Bühne während des Vortrages.

* **Zeitungs-Kriegszuschläge.** Die andauernde weitere Steigerung der Preise aller für die Herstellung von Zeitungen benötigten Rohstoffe, Papier, Metall, Fette, Farben usw., sowie aller Betriebsunkosten haben die zur Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger gehörenden Berliner Verleger genötigt, Teuerungszuschläge bezw. eine Preiserhöhung auf die Anzeigenpreise eintreten zu lassen und infolge der immer stärker werdenden Papiernot sowie der dadurch bedingten Raumersparnis eine Vermehrung der Anzeigenspalten einzuführen.

* **Zeitungsnöte.** 120 württembergische Zeitungen beschlossen angesichts der andauernd ungünstigen Verhältnisse, insbesondere auch der Schwierigkeiten auf dem Papiermarkt wegen, eine Bezugspreiserhöhung vom 1. Juli ab.

* **Zur Nachahmung.** In Reutlingen ist es den Bemühungen einer einzigen Frau, der Genossin Schradin, gelungen, in wenigen Wochen mehr als zweihundert Frauen der Parteiorganisation zu gewinnen.

Es bietet sich für fleißige Danziger Genossinnen jetzt die gute Gelegenheit, das vorzügliche Beispiel von Reutlingen nachzuahmen.

Wieder nur Kriegsalmosen

Es bleibt die falsche Kriegsfürsorge. Im Gegensatz zu allen übrigen deutschen Großstädten zahlt die Stadt Danzig den Angehörigen ihrer Krieger keinen Pfennig Zuschuß. Das Reich erhöhte wiederholt die staatlichen Unterstützungsbeträge. Der Magistrat fand jedoch dazu keinen Anlaß. Er blieb dabei, daß nur besonders Bedürftige auf Antrag private Zuwendungen erhalten könnten. Das Bittere dieses Systems verstärkte sich dadurch, daß der größte Teil dieser „privaten Vergünstigungen" durch die städtischen Steuern von der Arbeiterschaft aufgebracht werden muß, die sie hier schon von 660 Mk. Jahreseinkommen zahlen muß. Was ein bedeutsames Kriegsopfer privater Liebestätigkeit werden sollte, wurde zum Beweise dafür, daß sich öffentliche Verpflichtungen so nicht erfüllen lassen. Dies beweist wieder schlagend die Begründung, durch die der Magistrat wieder 300 000 Mk., zu den bisher bewilligten 1 980 000 Mk., für Kriegsfürsorge von den Stadtverordneten fordert. Dann hat die Stadt für die „private" Kriegshilfe bereits 2 280 000 Mk. geleistet, während aus privaten Mitteln noch nicht einmal die Hälfte, nämlich nur 1 100 000 Mk., geflossen sind. Der weitaus größte Teil dieses Betrages ist zudem von kleinen Leuten an den sogenannten Opfertagen zusammengekommen. Für das Reich hat die Stadt bisher 8 700 000 Mk. Unterstützung gezahlt. Hätte sie nur einen Zuschuß in gleicher Höhe gewährt, so hätte sie den Kriegerfamilien den gleichen Betrag zuwenden müssen. Da sie ihnen — auch nur indirekt und ohne Rechtsanspruch — jedoch bloß 1 980 000 Mk. zukommen ließ, hat sie ihnen mindestens 6 720 000 Mk. zu wenig zugeführt. Die Zinsen der Kriegsanleihe im Stadtkreise Danzig überschreiten dagegen diesen Betrag um ein Vielfaches.

Speisehallenwirtschaft in Danzig

Die Organisation der Massenspeisung und die in den städtischen Speisehallen verabreichten Speisen ließen oftmals zu wünschen übrig. Die Wirtschaft der zuerst von der Stadt geschaffenen privaten Speisehallengesellschaft hatte einen zu kleinen Rahmen. Ihr Betrieb funktionierte deshalb nicht recht, worüber häufig berechtigte Beschwerden laut wurden. Das hatte zur Folge, daß die Stadt den Betrieb in eigene Regie übernahm. An die Spitze dieses Betriebes stellte sie den bekannten, früheren Tischlergesellen, Zentrumspolitiker, Kinounternehmer, Möbelhändler, Gastwirt und antisozialdemokratischen Stadtverordneten Felix Klawitter.

Es gab Leute, die, als sie von dem neuen Amt des vielseitigen Stadtverordneten hörten, meinten, der Magistrat hätte mit dieser Auswahl den richtigen Bock zum Gärtner gemacht. Inwieweit diese Ahnenden recht hatten, werden wir ja sehen. Die Klagen über schlechtes Essen nahmen zu und wollten, trotz der Ernennung Klawitters als Betriebsleiter beziehungsweise Dezernent, nicht aufhören, obwohl er alles mögliche tat, um die „ewigen Nörgler" der „gewissen Partei" wortgewaltig von der Güte seiner Speisen zu „überzeugen". Auf einer Versammlung in Neufahrwasser erklärte er, „daß derjenige, dem das Essen aus den Speisehallen nicht schmecke, noch keinen Hunger kenne". Dieser Klawittersche Beweis von überzeugender Kraft und Klarheit, war auf die Dauer nicht stichhaltig. Es änderte auch nichts an der schlechten Beschaffenheit, daß über die Speisen aus den Massenküchen geschimpft und vom Magistrat Besserung verlangt wurde. Wenn wir nicht sehr irren, gehörte diese Forderung zu denen, die anläßlich der Massenarbeitseinstellung in der Danziger Rüstungsindustrie, am 16. April, von den beteiligten Arbeitern dem Oberbürgermeister Scholz persönlich unterbreitet wurde. Der Oberbürgermeister sagte damals Abhilfe zu. Daß er seine Zusage ehrlich meinte, bezweifeln wir nicht. Wir nehmen auch an, daß von da ab die Zuwendungen an die Speisehallen etwas reichlicher geworden sein werden, als vor der Arbeitseinstellung. Damit sollte gewiß den berechtigten Wünschen der auf die Massenküchen angewiesenen Arbeiter und Familien Rechnung getragen werden. Die Klagen über zu dünnes Essen blieben dennoch bestehen, obwohl die Besucher der Speisehallen fünfmal mehr Mühlenfabrikate und Hülsenfrüchte bekamen, als der übrige Teil der Bevölkerung pro Kopf erhält. Hier stand man vor einem Rätsel, das nicht gelöst werden konnte.

Jetzt wird in unserem biederen Städtchen über die Speisehallenwirtschaft unter der Leitung des Herrn Klawitter allerlei gemunkelt. Wie wir hören, soll es sich in der Hauptsache darum handeln, daß von den für die Besucher der Speisehallen bestimmten Nahrungsmitteln, insbesondere Fleisch und Fett, größere Portionen in die Mägen gewisser Leute in leitender Stellung gewandert sein sollen, ohne daß dafür die entsprechenden Marken abgeliefert wurden. Der Stadtv. Klawitter soll darum nicht nur gewußt, sondern sich selbst fast täglich an der reichlich [illegible] Frühstückstafel beteiligt haben, auf der selbst an fleischlosen Tagen saftige Fleischgerichte vielfach zubereitet in einer besonderen Küche nicht gefehlt haben sollen. Von der Veröffentlichung anderer Einzelheiten wollen wir hier zunächst absehen. Wir haben natürlich nichts dagegen, daß das Personal des Speisehallenbetriebes, vom Leiter bis zum letzten Küchenmädel, angemessen mit Speisen versorgt wird. Wogegen wir aber auf das schärfste protestieren, ist, daß den Besuchern der Speisehallen von ihrem dürftigen Mahl die besten Stücke vorenthalten werden. Wer sind denn die Besucher der Speisehallen? Gehören sie gesellschaftlich zu den oberen Zehntausend? Nein, es sind schlichte Arbeiter, arme Kriegerfrauen und deren Kinder, die die Speisehallen in Anspruch nehmen. Die Kost dieser Leute aus purem Eigennutz auch nur ein wenig zu verschlechtern und sich auf ihre Kosten persönliche Vorteile zu verschaffen, würde eine so rohe Gesinnung verraten, daß wir uns sträuben, daran zu glauben. Immerhin muß hier unbedingte Klarheit geschaffen werden. Wir fordern deshalb vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung eine strenge Untersuchung und falls sich die hier angedeuteten Gerüchte bewahrheiten sollten, daß mit aller Strenge eingegriffen und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Etwas hat der Magistrat schon zur Besserung der Speisehallenwirtschaft getan. Es ist eine technische Leiterin eingesetzt und eine für die Zentralküche bestellt worden. Außerdem besteht ein Betriebsausschuß, dem auch einige Arbeiter angehören. Gewisse idyllische Zustände hinter den Gardinen sollen endgültig beseitigt worden sein. Immerhin hat die breite Oeffentlichkeit ein lebhaftes Interesse an der restlosen Aufdeckung aller, auch der hier noch nicht genannten Vorkommnisse durch den Magistrat. Wir erwarten sie bestimmt in nächster Zeit! In der nächsten Nummer hoffen wir nähere Einzelheiten in dieser heiklen Angelegenheit mitteilen zu können.

Unerfreuliche Zustände

In der vorigen Nummer berichteten wir kurz über die mangelhafte Fleischversorgung der Danziger Bevölkerung. Diese Erscheinung zeigt sich auch in vielen anderen Städten Deutschlands. Ueberall verzögert sich die Lieferung der erhöhten Fleischration. Das trifft die Bevölkerung um so härter, als auch die von der Regierung bei der Herabsetzung der Brotration versprochene Lieferung von wöchentlich 5 Pfund Kartoffeln längst nicht mehr eingehalten wird. Die Stadtverwaltungen tragen an dieser mangelhaften Fleischversorgung keine Schuld, desgleichen auch nicht die Fleischer. Diese klagen darüber, daß die Viehtransporte so unregelmäßig kommen, daß oft bis tief in die Nacht hinein gearbeitet werden muß, um nur am anderen Morgen das Fleisch an die wartenden Fleischer aushändigen zu können. Das vom Viehhandelsverband angelieferte Fleisch sei so minderwertiger Qualität, daß mitunter nur 40 Prozent Schlachtgewicht erzielt werde. Es ist tief bedauerlich, daß die Regierung nicht Maßnahmen getroffen hat, um solche Erscheinungen nicht zu tage treten zu lassen. Nachdem im April die Brotration gekürzt wurde und die Lieferung der versprochenen 5 Pfund Kartoffeln zum größten Teil ausblieb, scheint man sich jetzt mit dem Gedanken zu tragen, auch die Fleischration wieder zu verkürzen. Zu diesem Zweck unternahmen wohl auch am 3. Juni 7 Reichstagsabgeordnete eine Schnellbesichtigung der Viehbestände in Norddeutschland. Diese Besichtigung soll in 9 Tagen beendet sein. Selbstverständlich können sich die Reichstagsabgeordneten in so kurzer Zeit kein richtiges Urteil bilden.

Die agrarischen Kreise betreiben mit Hochdruck die Herabsetzung der Fleischmenge für die Verbraucher. Sie möchten einen recht zahlreichen Viehbestand in die Friedenswirtschaft hinüberretten. Das geschieht hauptsächlich, um später die Einfuhr von auswärtigem billigen Fleisch zu verhüten. Wie sehr die Ablieferung des Schlachtviehes durch die Landwirte verzögert wird, zeigt auch eine Bekanntmachung des Landrats von Marienburg. Er weist darauf hin, daß in letzter Zeit die auf die Gemeinden umgelegten Viehlieferungen an den Viehhandelsverband nicht in voller Höhe zur Ablieferung gelangten. Er schreibt dann weiter: „Sollten von jetzt an die Ablieferungen nicht pünktlich erfolgen, so wird der Landrat mit der Zwangsenteignung vorgehen. Die Bezahlung erfolgt dann mit 10 Prozent unter Kassenpreise." Im Interesse der notleidenden städtischen Bevölkerung kann nicht dringend genug gefordert werden, daß von der Regierung alles geschieht, um eine regelrechte Lieferung der versprochenen, schon ohnehin recht knappen, Lebensmittelmengen zu gewährleisten.

* **Schlemmkreide — Puddingpulver!** Im Handel wurde ein angebliches Puddingpulver „Marke Frauenlob", Hersteller Walter Ellner, Osnabrück, angetroffen. Dieses Puddingpulver besteht aus ungefähr 95 Prozent technischer geschlemmter Kreide. Der Verkaufspreis beträgt für ein 60-Gramm-Paket 40 Pf. Nach den Versuchen ist es ausgeschlossen, aus diesem Produkt einen Pudding herzustellen. Vor Ankauf dieses Puddingpulvers aus geschlemmter Kreide wird dringend gewarnt. — Hoffentlich nimmt die Justiz den findigen Puddingpulverfabrikanten gehörig beim Kragen.

* **Kaninchen an fleischlosen Tagen.** Nach einer Verfügung des Kriegsernährungsamtes darf an fleischlosen Tagen Kaninchenfleisch gereicht werden, auch kann es an solchen Tagen, wo zwei Fleischgerichte erlaubt sind, als drittes gereicht werden. — Wir wissen nicht, wie die Stallhasen zu solcher Ehre kommen, die Kaninchenfreunde wird es sicher mit großer Genugtuung erfüllen.

O, das Kriegsmus!

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Meiningen versendet an die Presse folgenden offenen Brief:

„Sehr geehrte Redaktion!

Mit großem Interesse sehen weite Kreise den Bestrebungen zu, unsre Versorgung mit Obst und Beeren zu verbessern. Die Klagen über das Kriegsmus sind allgemein: Es ist ja sehr tröstlich, daß die Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel uns versichert, daß das „Kriegsmus einwandfrei sei". Ein Kommentar dazu wäre sehr gut. Wir glauben der Untersuchungsanstalt ohne weiteres, daß das Kriegsmus nicht gesundheitsschädlich ist, und das soll offenbar „einwandfrei" heißen; das schafft aber die Beschwerden von Hunderttausenden, ja vielleicht von Millionen nicht aus der Welt, daß man die herrliche Zwetschen- und Aepfelernte 1916 durch die chemisch „einwandfreien" Mischungen weiten Kreisen, insbesondere der Kinderwelt zum guten Teile völlig verekelt hat: Weniger wäre mehr gewesen! Und da setzt meine öffentliche Bitte ein: Wir stehen wiederum vor einer glänzenden Obsternte, wenn es dem Himmel gefällt. Weite Kreise befürchten, daß uns wieder der Obst- und Beerengenuß durch die „einwandfreien" chemischen Mischungen so verdorben wird, daß nur ein allgemeiner Fluch diesen Genuß begleitet. Darum bitte ich namens ungezählter Tausender, vor allem auch unsrer Kinder: seid mäßig mit

den Mischungen: lieber weniger und genießbar, als viel und ungenießbar, — wenigstens auf die Dauer ungenießbar. Das Kriegsgemüse schmeckt scharf nach chemischen Substanzen, die auf die Länge den Genuß fast zur Strafe machen. Daran ändern alle Gutachten sämtlicher Untersuchungsanstalten gar nichts! Und das Volk hat hier das richtige Urteil!"

Zur Steigerung der Wohnungsmieten

schrieb der „Vorwärts" einen Artikel, auf den ihm neben zahllosen zustimmenden Schreiben aus Mieterkreisen auch die Meinungsäußerung eines Vertreters der Hausbesitzer zugegangen ist. Damit man ihm nicht vorwerfe daß er einseitig sei und sich den von der Gegenpartei ins Feld geführten Beweisgründen verschließe, gibt er das Schreiben vollinhaltlich zur Kenntnis. Es lautet also:

„Um wieviel mag wohl der Hanswurst, der den Artikel: Steigerung der Wohnungsmieten, geschrieben hat, seinen Hausweiri seit Ausbruch des Krieges ausgewuchert, ausgeplündert und beschwindelt haben, und um wieviel gedenkt er ihn noch zu begaunern, gleich den hunderttausenden Genossen, Arbeitern, Proletariern, die in allem Ueberflusse schlemmen und ihre Hauptaufgabe im Betruge und in der Gaunerei erblicken. Gleiche Brüder, gleiche Kappen, gleiches Gesindel."

Wir beglückwünschen, sagte der „Vorwärts", die steigernden Hausbesitzer zu diesem leider anonymen Wortführer ihrer Interessen, sind aber zu höflich, um auch ihnen gegenüber das Sprichwort „Gleiche Brüder, gleiche Kappen usw." in diesem Fall zur Anwendung zu bringen. —

Wie arg muß es mit der Beherrschung der Mieter durch die Hausbesitzer schon gekommen sein, wenn sich einer von ihnen eine solche Sprache sogar gegen eine angesehene Zeitung erlauben darf! Es ist allerhöchste Zeit, daß die Städte diesem Zustande durch eigene Wohnhäuser ein schnelles Ende bereiten.

* **„125 000 Reichsanzüge".** Die von der Reichsbekleidungsstelle in Auftrag gegebenen 125 000 Anzüge sind jetzt bei den einzelnen beteiligten Firmen in Arbeit. Die Hauptaufträge sind nach den großen Zentren der Herrenkonfektionsindustrie — Berlin, Breslau, Stettin, München, Elberfeld, Frankfrt a. M. — gekommen. Die Anzüge werden in sieben Preislagen in zwei verschiedenen Formen, Jackettanzug und einreihige, gefütterte Joppe und Beinkleid, angefertigt. Die Reichsbekleidungsstelle wird noch die Kleinverkaufspreise der Anzüge festsetzen. In der Anfertigung kostet der Joppenanzug, je nach Ausführung, 32 bis 56,25 Mk., der Jacketanzug 52 bis 78,25 Mk. Die Anzüge werden nach Fertigstellung an die Reichsbekleidungsstelle geliefert, und von dieser an die einzelnen Kommunen abgegeben, die die Anzüge entweder selbst oder — was die beteiligten Kleinhändler dringend fordern — durch Vermittelung der Kleinhändler an das Privatpublikum verkaufen.

Also auch das kommt! Das deutsche Volk wird von staatswegen eingekleidet, weil die Stoffe knapp werden. O, welche Augen würden die Sozialistentöter der achtziger und neunziger Jahre machen, wenn sie diesen „Zukunftsstaat" erlebt hätten — Eugen Richter, Stöcker, Lachem der Aeltere, Windhorst, Kardorff und wie sie alle hießen!

* **Zur Bekämpfung der Fliegenplage.** Ein einfaches Mittel, Fliegen aus unsern Wohnungen oder, was noch wichtiger ist, aus unsern Lazaretten fernzuhalten, gibt Herr Haecker in der „Zeitschrift für angewandte Entomologie". Es besteht in dem kleinen Kunstgriff, die jeweilig besonnten Fenster zu schließen, noch bevor an dem betreffenden Tage die Sonnenstrahlen sie erreichen.

Die mobilen Hausbesitzer

Gegen das Verbot der willkürlichen Mietssteigerungen des Kommandanten der Festung Danzig, das der Sozialdemokratische Verein schon im Juni 1915 gefordert hat, hat der Haus- und Grundbesitzer-Verein in seiner Generalversammlung Stellung genommen. Das ist sein gutes Recht. Auch gegen eine Eingabe an die Kommandantur würden wir nichts einwenden, wenn sie nicht gar so sehr übertreiben würde. Die Unterhaltungskosten der Häuser sollen, wie die Eingabe feststellt, um 100 bis 200 Prozent gestiegen sein. Nimmt der Haus- und Grundbesitzer-Verein ernsthaft an, daß die Kommandantur ihm das wirklich glauben soll? Bitte, Herr Bauer, machen Sie uns doch einmal so eine Prozentrechnung auf, damit sie nachgeprüft werden kann. Wir wollen gerne dabei behilflich sein. Wir kennen nämlich ein etwa 7 Jahre altes modern eingerichtetes Wohnhaus mit 8 Dreizimmerwohnungen. Während der Kriegszeit ist im ganzen Hause keine, auch nicht die kleinste, Reparatur vorgenommen worden. Der Hauswart bekommt auch keine höheren Bezüge. Es ist also alles beim alten geblieben. Und dem Besitzer dieses Hauses sollen nun, nach dem Antrag des Hausbesitzer-Vereins 10 Prozent Mietszuschlag zugebilligt werden? Der durchschnittliche jährliche Mietszins beträgt in diesem Hause 600 Mk. Er würde also auf 660 Mk. gesteigert werden und dem Eigentümer 8 × 60 = 480 Mk. jährlich mehr einbringen, obwohl er innerhalb dreier Jahre absolut keine Mehrausgabe gehabt hat. Hätten wir einen Krieg, dann würden die Mieter nicht solange auf die Erledigung notwendiger Reparaturen warten wie jetzt, wo sie der jeweiligen schwierigen Lage geduldig Rechnung tragen. Und dafür sollen sie jetzt gehörig geschröpft werden. Wenn es nach dem Willen einiger Hausbesitzer ginge, dann würde eine 50prozentige Mietssteigerung gerade angemessen sein. Diese Forderung beweist mehr wie alles andere, wie notwendig die sozialdemokratische Eingabe von 1915 und das Verbot der Mietssteigerungen durch den Kommandanten war, von dem wir erwarten, daß er sein Verbot recht lange bestehen läßt.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Kaiserl. Werft

nahmen am Sonntag, den 17. Juni, in einer im Bürgergarten abgehaltenen großen Betriebsversammlung den Bericht des Arbeiterausschusses entgegen, den der Vorsitzende, Kollege Grischeski, erstattete. Der Redner entwarf in großen Zügen ein Bild der Tätigkeit des Arbeiterausschusses seit Ausbruch des Weltkrieges. Die zahlreichen Eingaben an die Betriebsleitung und die dann notwendig gewordenen Verhandlungen verursachten den Mitgliedern des Ausschusses viel Mühe und Arbeit, wofür die Arbeiterschaft leider nicht immer das nötige Verständnis bekundete. Es hätte unzweifelhaft mehr im Interesse der Beschäftigten getan werden können, wenn die Arbeiterschaft den Arbeiterausschuß so unterstützt hätte, wie es im Interesse der Sache unbedingt notwendig gewesen wäre. Es sei ein unhaltbarer Zustand, wenn sich der Arbeiterausschuß das Material mühsam zusammensuchen müsse, anstatt es ihm von der Kollegenschaft zugestellt würde. Er hoffe, daß in dieser Beziehung für die Zukunft eine Besserung eintreten werde. Anschließend an den Bericht fand eine rege Diskussion statt. Ihr Inhalt kommt in der nachstehenden Resolution zum Ausdruck, die von den Versammelten einstimmig angenommen wurde.

Resolution.

Die am 17. Juni 1917 im Steppuhnschen Lokale tagende Betriebsversammlung aller auf der Kaiserlichen Werft Danzig beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich nach Entgegennahme des Berichts des Arbeiterausschusses mit dessen Tätigkeit einverstanden. Sie spricht den Mitgliedern dieser Körperschaft ihren Dank dafür aus, daß sie unermüdlich tätig gewesen sind, um die Lage der Beschäftigten erträglicher zu gestalten. Sie verpflichtet sich, künftig mehr wie bisher durch Mitarbeit dazu beizutragen, daß der Arbeiterausschuß für die Zukunft eine noch intensivere Tätigkeit im Interesse der Arbeiterschaft zu entfalten in der Lage ist. Um dies voll und ganz zu ermöglichen, ist nach Ansicht der Versammelten eine Neuwahl des Arbeiterausschusses auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes, betreffend den vaterländischen Hilfsdienst, unbedingt erforderlich, wozu der Arbeiterausschuß gebeten wird, möglichst bald mit der Betriebsleitung in Verbindung zu treten.

Ferner beauftragen die Versammelten den Arbeiterausschuß, gemeinschaftlich mit den Vertretern der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, mit der Oberwerftdirektion Verhandlungen in die Wege zu leiten zwecks Verkürzung der Arbeitszeit, unter Sicherstellung der bisher erzielten Verdienste, da die Arbeiterschaft angesichts der immer schwieriger werdenden Ernährungsverhältnisse nicht mehr in der Lage ist, ohne erhebliche Schädigung ihrer Gesundheit, die bisher üblichen Leistungen in bezug auf die Dauer der täglichen Arbeitszeit auch fernerhin vollbringen zu können.

Außerdem wünschen die Versammelten, daß der Arbeiterausschuß, um eine bessere organisatorische Regelung bei der Verteilung der dem Betriebe für die Arbeiterschaft zur Verfügung gestellten Lebensmittel zu ermöglichen, Sitz und Stimme im Wohlfahrtsverein erhält.

Mobilmachung der Getreidebörsen.

Den Danziger Großkaufleuten war die Ausschaltung des Handels durch den Krieg schon längst ein Dorn im Auge. Mehrmals haben sie gegen die Ausschaltung des Handels Protest erhoben. Um ihre Macht zu stärken, schlossen sie sich vor einigen Monaten zum Wirtschaftsbund der Millionen der Danziger Handelsfirmen zusammen. Die Maßnahmen der Regierung, die den ausbeutenden Handel auf vielen Wirtschaftsgebieten ausschlossen, waren durch den Krieg notwendig geworden. Leider griff die Regierung immer erst ein, wenn es reichlich spät war und der „freie" Handel mit den Lebensmitteln den ungeheuersten Wucher getrieben hatte. **Nun haben sich die Handelskammern von Bromberg, Elbing, Graudenz, Posen, Thorn und Danzig zu einer neuen Kampfansage entschlossen. Sie fürchten das kommende Getreidemonopol und erheben dagegen „nicht nur im Interesse des Getreidehandels selbst, sondern auch mit Rücksicht auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft" den energischsten Protest.** Sie verlangen, daß spätestens mit Friedensschluß „sich der Getreidehandel im allgemeinen Interesse möglichst bald wieder frei betätigen muß". — Das allgemeine Interesse erfordert **ganz das Gegenteil** dessen, was die großen Getreidekaufleute wünschen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Mangel an Lebensmitteln werden selbstverständlich nicht sofort beim Friedensschluß aufhören. Auch für die Uebergangswirtschaft, die dem Friedensschluß folgt, ist der Kriegssozialismus eine unbedingte Notwendigkeit. Darüber hinaus wird es notwendig sein, **die winzigen, unvollkommenen Ansätze zum Sozialismus, die die Not des Krieges mit sich brachte, auch weiterhin beizubehalten und auszubauen.** Die Ernährung des Volkes darf nicht wieder dem freisinnigen Börsenwucher ausgeliefert werden, der das Getreide mit Hilfe der Einfuhrscheine lieber ins Ausland verschleppte, ehe er dem deutschen Volke billiges Brot gönnte. Dieser frivole Brotwucher ist bekanntlich von der „Danziger Zeitung" stets verherrlicht worden.

Beschlagnahme von Braunstein

Am 20. Juni ist eine Bekanntmachung veröffentlicht worden, durch die alle Vorräte an Braunstein (M n O 2) im Rohzustande, aufbereitet, in Mischungen und Halbfabrikaten, sowie Kunstbraunstein beschlagnahmt werden. Unberührt bleiben Braunstein und Kunstbraunstein in Fertigfabrikaten. Die Aufbereitung, Verarbeitung oder Veräußerung der beschlagnahmten Gegenstände ist nur noch auf Grund einer besonderen Erlaubnis der Kriegsrohstoff-Abteilung des Königlich-Preußischen Kriegsministeriums gestattet. Gleichzeitig sind die am 20. Juni vorhandenen Vorräte an beschlagnahmten Braunstein und Kunstbraunstein, sofern sie je 50 Kilogramm übersteigen, bis zum 30. Juni an den Kommissor des Königlich-Preußischen Kriegsministeriums bei der Eisenzentrale in Berlin auf den dort anzufordernden amtlichen Meldescheinen zu melden. Ueber die meldepflichtigen Bestände ist ein Lagerbuch zu führen. Alle Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Bekanntmachung, deren Veröffentlichung in der üblichen Weise durch Anschlag und Abdruck in den amtlichen Zeitungen erfolgt. Außerdem kann der Wortlaut in den Regierungsamts- und Kreisblättern sowie in öffentlichen Anschlägen eingesehen werden.

Ein Verkehrshindernis

Immer mehr wächst sich die Danziger Elektrische Straßenbahn, die dem Verkehr dienen sollte, zu einem Verkehrshindernis aus. Mehrmals schon mußten wir auf die in unheimlicher Menge sich häufenden „Unglücks"fälle bei der Straßenbahn hinweisen. Solche Unfälle haben sich auch leider wieder in der letzten Woche ereignet. Von bessernden Einrichtungen seitens der Direktion oder von einem Einschreiten der städtischen Körperschaften gegen die Mißstände hat man leider bisher noch nichts gehört. Vor einigen Wochen glaubte die Direktion eine große Reform vollbracht zu haben. Sie verlegte die Endstation der Ohraer Linie vom Bahnhof nach dem Stockturm. Dadurch sollten die Verkehrsschwierigkeiten auf dem Bahnhof und Kohlenmarkt beseitigt werden. Diese Neuerung brachte jedoch für das Publikum neue große Schwierigkeiten. Die zur Abfahrt bereit stehenden Wagen waren meistens so besetzt, daß die von den Stadtlinien umsteigenden Fahrgäste keinen Platz mehr fanden. Um alle diese Schwierigkeiten zu beheben, machte Regierungsbaumeister Schröder vor einiger Zeit in den D. N. N. den Vorschlag, die Linien Ohra und Schidlitz in eine Fahrlinie zu vereinigen. Das Umrangieren am Stockturm und Kohlenmarkt würde dadurch fortfallen. Durch diese Zusammenlegung würden auch noch viele andere Vorteile gewonnen werden. Die Direktion hat die Vorschläge des Regierungsbaumeisters „eingehend erwogen und teils aus diesen, teils aus anderen Gründen **als undurchführbar wieder beiseitegelegt!"** Wie dringend notwendig ein sofortiges Einschreiten der Stadtverwaltung gegen die gemeingefährlichen und veralteten Methoden der Straßenbahn ist, zeigt auch ein Notschrei, den die Danziger Zeitung vor kurzem veröffentlichte. An der Endstation der Brösener Strecke sammeln sich an den Nachmittagen oft Hunderte von Fahrgästen an, die mit ihren Kindern an den Strand wollen. Die Beförderungsmöglichkeit ist aber lang nicht in ausreichendem Maße gegeben, da nur alle 15 Minuten ein Wagen fährt. Selbstverständlich kann der nur den kleinsten Teil der Wartenden befördern und so entspinnt sich ein förmlicher Kampf um die Plätze. Die Fahrt ist äußerst gefahrvoll, da die Wagen nicht nur überfüllt, sondern im wahrsten Sinne des Wortes vollgepfropft sind. Der Einsender fordert, daß die Behörden schleunigst für Abhilfe sorgen sollen. Die Danziger Zeitung meint zu dem Eingesandt, daß der Krieg und der Personenmangel vieles entschuldigt, ob alles, dürfte bezweifelt werden. Diese Ansicht der Danziger Zeitung ist mehr eine „verständnisvolle" Verteidigung als Anklage der Straßenbahn. Die bürgerliche Presse ist an diesen unhaltbaren Zuständen insofern mitschuldig, als sie bisher nur uns allein die Kritik an den Straßenbahnverhältnissen überlassen hat. Im Interesse der gesamten Bürgerschaft Danzigs fordern wir deshalb nochmals von den städtischen Behörden, daß mit der unfähigen und unwilligen privatkapitalistischen Verwaltung der Straßenbahn Schluß gemacht wird. Die Aktionäre der Gesellschaft leiden unter diesen, für eine Großstadt wie Danzig beschämenden Zustände nicht, da sich der größte Teil der Aktien in Händen der Berliner Millionenfirma A. E. G. befindet. Das einzig Richtige wäre, die Straßenbahn wegen der städtischen Gefahr, die sie darstellt, zu enteignen und in Zwangsverwaltung zu nehmen.

„Unabhängiger" Reichsverbands-Ersatz

Das antisozialdemokratische Blättchen, das die Haase-Leute seit kurzem in Danzig schauderhaft drucken und nirgends recht erscheinen lassen, sucht sein bißchen Leben schlecht und recht mit dem Revolver zu fristen. Von seiner Nr. 1 erschien mit dem Datum des 16. Juni eine zweite Ausgabe. Den armen Lesern, die ahnungslos ihren Nickel dafür los wurden, wurde davon aber kein Wort verraten, was man ihnen gab. Der Text ist zu 7/8 der der ersten Nr. 1. Er richtet sich wieder mit keiner Silbe gegen die Annexionisten oder andere Reaktionäre. Dafür macht er in „Enthüllungen" über die — Volkswacht! Diese habe, so versichert das ideale Revolutionspapier treuherzig, höchstens 1000 Leser, dafür aber — in entrüstetem Fettdruck — 18 000 Mark Schulden, und davon noch gar 5000 Mark vom Arbeiter-Sparverein, der dadurch als nicht mündelsicher entlarvt sei! Muß das ein himmlischer Dalles bei den „Unabhängigen" sein, wenn sie sich schon mit solch niedlichen Schwindeleien trösten müssen. Von der „Arbeiterfreundlichkeit", die sich so diebisch über die angebliche Notlage eines Arbeiterunternehmens freut, ganz zu schweigen. Diese Behauptungen sind natürlich durchweg glatt erlogen oder bloß geschwindelt. Sie entstammen den „Akten" des nicht bloß aus Rachsucht und Gehässigkeit längst unnormalen Herrn „Marat", für die er schon im Jahre 1915 etwa 300 Mark von der bürgerlichen Presse zu lösen hoffte! Mindestens von einem Teil der Behauptungen ist sogar dem Verantwortlichen des Blättleins, Herrn Linde-Königsberg, genau bekannt, wie unrichtig sie sind. Bei nur ganz wenig Reinlichkeitsempfinden hätte er die Aufnahme einer so duftigen Wahrhaftigkeit ohne weiteres ablehnen müssen. Aber er muß ja wohl am besten wissen, wie „unabhängig" er sogar von den Ehrbegriffen der bürgerlichen Geschäftspresse sein muß.

* **Ein Sozialdemokrat Vorsitzender des Gewerbegerichts.** An Stelle des ausgeschiedenen Justizrats Rassow ist der Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann (Berlin), der seit Kriegsausbruch beim Berliner Gewerbegericht tätig ist, zum stellvertretenden Vorsitzender des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts bestellt und jetzt vom Oberpräsidenten bestätigt worden.

* **Neue Fünfzehn-Pfennig-Marken.** Neue Postwertzeichen zu 15 Pfennig läßt die Reichspost seit gestern zur Ausgabe bringen. Die neuen Briefmarken unterscheiden sich von den bisherigen des gleichen Wertes nur durch die Farbe: sie sind blau-violett.

Aus Westpreußen

Der Ernährungsausschuß in Ohra

tagte am Mittwoch, den 13. Juni, im Gemeindehause. Zum ersten Male waren auch drei unsrer Genossen zu den Verhandlungen hinzugezogen.

Die vorhandenen Kartoffeln und die noch zu liefernden 600 Zentner reichen bis zum 15. Juli, wenn 4 Pfund pro Kopf und Woche gegeben werden und der Zusatz fortfällt. Wenn die Zusatzkartoffeln jetzt gegeben werden, besteht die Gefahr, daß Ohra in den letzten Wochen vor der neuen Ernte ohne Kartoffeln ist. Dem muß vorgebeugt werden. Es soll alles versucht werden, mehr Kartoffeln heranzuschaffen, damit 2 Pfund Zusatz gegeben werden können. Es empfiehlt sich, die Kartoffeln auf mehrere Wochen im voraus zu nehmen, weil eine kleine Menge leichter vor dem Verderben geschützt werden kann. Im nächsten Jahre sollen die Verkaufsstellen vermehrt werden.

Amtsvorsteher Lind hat sich mit den zuständigen Behörden in Verbindung gesetzt, um für Ohra Wicken zu erhalten. Die Wicken werden durch Salzwasser entbittert und können so zur menschlichen Ernährung verwandt werden. Die Kohlen sollen in Gemeinschaft mit Danzig besorgt werden. Die Einwohner von Ohra haben ihren Bedarf an Kohlen fast ausschließlich in Danziger Geschäften gedeckt. Darum sollen diese auch weiter die Kohlen liefern. Eine entsprechende Eingabe an das Kriegsamt in Danzig ist gemacht worden. Die Gänsehandelsgesellschaft in Berlin macht ein Angebot in Mastgänsen. Das Stück kostet 15 Mark. 80 Prozent der gelieferten Gänse müssen nachher fett zurückgeliefert werden. Die Gänse werden also teure Vögel werden. Ueber die Meierei von Horn, Boltengang, wurden Beschwerden wegen Unregelmäßigkeiten erhoben. Der Fischverkauf soll so ge-

geregelt werden, daß der Fischwagen nach verschiedenen Teilen der Ortschaft fährt. Einmachezucker soll pro Person verteilt werden. Es erhält jeder etwa 4 Pfund. Spiritusmarken werden im nächsten Monat verteilt. Sämtliche Lebensmittelbekanntmachungen sollen in Zukunft auch in den Aushängekästen angeschlagen werden. Eier sind trotz Eierkarten nicht zu haben. In der Verkaufsstelle von Hönig wird erklärt, es seien keine Eier da. Die meisten Einwohner haben noch Nr. 1 der Eierkarten. Es gibt aber auch Karten, an denen bereits die Marke Nr. 4 fehlt. Es kommen offenbar Unregelmäßigkeiten vor. Abhilfe wurde zugesagt. Die Altkleiderverkaufsstelle in Danzig verkauft nur an Danziger Einwohner. Es wäre wünschenswert, daß auch die der anliegenden Orte zum Kauf zugelassen würden. Es zeigt sich gerade jetzt, wie kurzsichtig es war, die Eingemeindung nach Danzig bisher abzulehnen.

Gefundenes Fressen.

Flatow. Ueber entdeckte „Beutestücke" berichtet mit schmunzelndem Behagen die „Flatower Zeitung". Es handelt sich nämlich um einige Wäsche- und Kleidungsstücke, einen alten Puppenkopf, ein paar Hemden und dergl., die der seit Kriegsbeginn eingezogene Genosse **Beckmann** seiner Frau aus dem Felde sandte und die bei ihr, wahrscheinlich infolge einer Denunziation, gefunden und beschlagnahmt worden sind. Die „Flatower Zeitung" kann es sich nicht verkneifen, diesen Fall recht breit, unter voller Namensnennung und Adresse des Genossen Beckmann, der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Ob sie immer so vorgeht, wenn es sich um angebliche Vergehen gewisser anderer Leute in Flatow handelt? Wir werden die kleine Tante, die ganz hübsch plagiatieren kann, gelegentlich daran erinnern. Das Blättchen stellt hier ehrliche Leute öffentlich an den Pranger wegen einer harmlosen Sache, von der ihm selber nicht genau bekannt ist, ob derartige Sachen heimgeschickt werden dürfen. Es wäre doch wohl richtiger gewesen, das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten. Und wenn die Untersuchung nichts Strafbares zu Tage fördert, was wird dann geschehen? Wird die ehrsame „Flatower Zeitung" dann in der Lage sein, den ehrlichen Namen der Familie Beckmann restlos wieder herzustellen? Oder kam es in diesem Falle nur darauf an, unbequeme Leute in der Oeffentlichkeit mundtot zu machen? Was soll es bedeuten, wenn die „Flatower Zeitung" schreibt: „Der Fall wirkt um so eigenartiger, als Frau Beckmann sich sonst für die Interessen der unbemittelten Frauen einsetzte und die energischsten Proteste führte. Wenn man dann aber selbst derartige Beutestücke ansammelt, so wirkt das sonst gewiß anzuerkennende Eintreten für die Interessen anderer doch etwas eigenartig." Wenn etwas eigenartig wirkt, dann dieser letzte konfuse Satz. Was hat das Eintreten der Frau Beckmann für die Interessen der Minderbemittelten mit diesem Fall zu tun? Sollte sie die von ihrem Manne erhaltenen Sachen, von denen er schrieb, daß er sie nach Hause schicken dürfe, etwa auf die Straße werfen oder gegen ihren Mann bei der Polizei Anzeige erstatten? Welche Frau in Flatow hätte das wohl getan? Wir sind begierig, einige Namen solcher höchst seltsamer Flatower Frauen kennen zu lernen. Solche törichten Frauen gibt es weder in Flatow noch sonst wo. Das weiß die „Flatower Zeitung" sehr genau. Aber es kam ihr bezw. ihren Hintermännern wahrscheinlich nur darauf an, den Namen Beckmann mit einer Sache in Verbindung zu bringen, die in gewisser Aufmachung für einen bestimmten Zweck wirken sollte. Und dazu war dieser harmlose Fall ein gefundenes Fressen. Wir raten unserer braven Freundin, sich durch diese Bosheit nicht abhalten zu lassen, für die Interessen der unbemittelten Frauen weiter einzutreten, ganz gleichgültig ob das gewisse Leute in Flatow anerkennen oder nicht.

Die Elbinger Zeitung und der Scheidemannfrieden

Am 19. Juni unterlief der Elbinger Zeitung ein eigenartiger Irrtum. Sie verwechselte die politische Bildung der sozialistischen Arbeiterschaft mit der Gedankenlosigkeit ihres bürgerlichen Lesepublikums. In der genannten Nummer tischt sie ihren Lesern eine Geschichte auf, durch die sie beweisen will, daß die Arbeiter und Feldgrauen, die den Scheidemannfrieden verlangen, nicht einmal wüßten, was der zu bedeuten hat. Die Arbeiter hätten wohl das Schlagwort Scheidemannfriede gehört, aber wenn man ihnen klar mache, daß wir bei solchem Frieden alle besetzten Gebiete ohne weiteres herausgeben sollten, dann seien sie dafür, daß selbstverständlich wir alles behalten. Auch verlangen die Arbeiter unbedingt, daß wir eine Kriegsentschädigung fordern. — So einfältig ist der sozialdemokratische Arbeiter denn doch nicht, wie es sich die alldeutsche Einfalt der Elbinger Zeitung vorstellt. Selbstverständlich fordert die Arbeiterschaft und mit ihr große Teile anderer Volksklassen, daß der kommende Friede ein Frieden der Verständigung zwischen den noch kriegführenden Völkern wird. Nur so ein Frieden bietet nach menschlichem Ermessen die Gewähr, daß sich das blutige Schauspiel des Weltkrieges nicht wiederholt. Solch eine Gewähr sind aber die Vergewaltigungsfrieden der Annexionisten hüben wie drüben nicht. Die Elbinger Arbeiterschaft sollte sich solche „Weisheiten" der bürgerlichen Presse nicht gefallen lassen. Die richtige Antwort auf das beleidigende Geschreibsel der Elbinger Zeitung ist, daß auch der letzte Arbeiter Leser unserer Volkswacht wird.

Zoppot. Die Gemeindevertreter-Stadtverordneten beschlossen die Erhöhung der Gemeindesteuern von 200 auf 235 Prozent und entsprechende Erhöhung aller anderen Steuern. Der Wasserzins wurde um 5 Pf., der Gaspreis um 2 Pf. erhöht.

Schneidemühl. Ein Waldbrand vernichtete im Stadtforst [illegible] Morgen des Bestandes.

Schwetz. Die beiden Mühlenwerkführersöhne Kotski aus [illegible], Kreis Schwetz, ertranken beim Baden in der Weichsel.

Freystadt. Vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet wurde, wie die „Neuen Westpr. Mitteilungen" berichten, der 62 Jahre alte Besitzer Schweizer aus [illegible], Kr. Marienwerder, als er mit seinem jüngeren Sohne nach Freystadt fahren wollte. Als er sich in Ludwigsdorf dem Bahnübergange näherte, überhörte der Mann wohl infolge des Geräusches der auf dem Berge stehenden Windmühle, die Warnungssignale und fuhr direkt auf den Zug, da dieser infolge des Hohlweges vorher nicht zu sehen ist. Der Knabe rettete sich durch Abspringen, während der Vater mit dem Gefährt vom Zuge überfahren und getötet wurde. Ebenso wurde das Pferd getötet und der Wagen zertrümmert.

Thorn. Wegen gewerbsmäßiger Abtreibung hatte sich vor dem Thorner Schwurgericht die Hebamme Anna Wichmann aus Thorn zu verantworten. Sie wurde zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus der Partei

— **Es geht vorwärts!** Trotz der Hetze, die seit Wochen von Parteizerstörern der verschiedensten Richtungen mit größtem Eifer gegen die „Dresdener Volkszeitung" betrieben wird, kann unser Dresdener Parteiorgan feststellen, daß im Mai, wo sonst die Abonnentenzahl regelmäßig etwas sank, die Leserzahl um 500 gestiegen ist.

Unabhängige Toleranz gegen englischen Imperialismus.

In einem Artikel über die Stellung der englischen Regierung zur Friedensfrage konstatiert die „Leipziger Volkszeitung", das unabhängige Zentralblatt:

„Die großbritannische Regierung ist gesonnen, den Krieg mit gesteigerter Kraft weiterzuführen. Sie hält fest an den Kriegszielen der Alliierten, wie sie im Januar formuliert wurden, trotzdem sie sich bewußt ist, daß sie sich damit im Widerspruch befindet zur Stellung der russischen Regierung in der Kriegszielfrage. Sie führt den Krieg als imperialistischen Krieg weiter."

Sollte man aus der Feststellung, daß die britische Regierung den imperialistischen Krieg mit ungebeugter Kraft fortsetzt, nicht folgern, daß es das Recht des deutschen Volkes sei, sich gegen solche Pläne zu wehren? Wir vermissen in der „Leipziger Volkszeitung" jeden von ihr sonst gehegten Furor gegen den englischen Imperialismus. Die Feststellung, daß England einen imperialistischen Krieg führt, die Hoffnung, daß die Friedensbewegung auch in England eine Massenbewegung werde — das ist alles. Daß der englische Wille zum Sieg auch den Unabhängigen Probleme stellt, davon redet die Leipzigerin nicht.

Frauenbewegung

Die neue Gleichheit

Am 8. Juni ist die erste Nummer der Gleichheit unter der neuen Redaktion von Marie Juchacz und Heinrich Schulz erschienen. Sie legt in einem Einleitungsartikel die Gründe dar, welche die Entlassung Klara Zetkins unvermeidlich gemacht haben und betont die ungewöhnliche Duldsamkeit, welche die Partei ihr zwei Jahre lang entgegengebracht hat, obwohl sie in immer schärferer Opposition nicht nur zu den Anschauungen der Partei, sondern auch zu ihrer Organisation trat. Für die mehr als 25jährige Arbeit, die Klara Zetkin als leidenschaftliche Kämpferin und unermüdliche Arbeiterin und hochintelligente Führerin der sozialdemokratischen Frauenbewegung um der Gleichheit geleistet hat, wird ihr trotz der Trennung Dank dargebracht. Zugleich aber erklärt das Blatt, von nun an die demokratische Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit vertreten und wieder das demokratische Programm als Richtschnur anerkennen zu wollen. Ein starkes und freies Deutschland sei die erste Vorbedingung für eine starke und freie deutsche Arbeiterbewegung, sowie für die Fortentwicklung der deutschen Kultur. In diesem Rahmen wird die Gleichheit künftig für die Befreiung der Arbeiterklasse und zugleich Berechtigung der Frau kämpfen und sich bemühen, durch politische Aufklärung, leichtverständliche Belehrung und wertvolle Unterhaltung ihren Platz neben den Tageszeitungen der Partei und neben der gewerkschaftlichen Frauenzeitung auszufüllen. Wir wünschen dem reorganisierten Frauenblatt der Partei, daß es namentlich dem Versprechen der Gemeinverständlichkeit, die bisher in der Gleichheit so sehr fehlte, treu bleiben und zahlreiche Leser finden möge.

Aus aller Welt

— **Die Tanzabende der Brillantenmietze.** Eine in der Berliner Lebewelt sehr bekannte Frau Marie F., die in ihren Kreisen nach ihrem schönen Halsschmuck, der einen Wert von 50 000 Mk. besitzt, nur die „Brillantenmietze" genannt wird, gründete, wie das „Berl. Tgbl." berichtet, in ihrer im Erdgeschoß eines Hauses in der Großbeerenstraße gelegenen Wohnung ein heimliches Nachtlokal, wo sich ihre Gäste bei Musik und Tanz bis zum frühen Morgen vergnügten. Für Weine und reichliche, natürlich markenfreie Speisen war gleichfalls gesorgt. Die Preise waren zwar sehr hoch, aber daran stießen sich die Gäste nicht. Weniger erfreut als diese waren die anderen Mieter des Hauses. Als Beschwerden über die nächtlichen Störungen beim Verwalter fruchtlos blieben, wandte man sich an die Polizei. Obwohl ein Wächter vor der Tür stand und nur auf Geheimzeichen öffnete, verschafften sich Kriminalbeamte doch Zutritt und hoben die ganze Gesellschaft auf.

— **Großer Juwelendiebstahl in Hamburg.** In dem Geschäft des Juweliers Eggert in Hamburg ist Sonntag nachmittag ein großer Einbruchsdiebstahl verübt worden, bei dem den Tätern Schmuckgegenstände im Werte von 70 000 Mk. in die Hände gefallen sind. Der Einbruch ist nach den bisherigen Feststellungen von drei Männern ausgeführt worden. Es wird angenommen, daß die Täter sich nach Berlin gewandt haben, um die gestohlenen Juwelen zu Geld zu machen. Auf die Wiederbeschaffung der gestohlenen Gegenstände ist eine Belohnung von 5000 Mk. ausgesetzt worden.

— **Männer-Karten.** In der „Ostgalizischen Feldzeitung", die seit einer Woche in Lemberg erscheint, findet sich der folgende Vierzeiler:

Die Männer werden rar,
Die Mädchen müssen warten,
Geht das so weiter fort,
Gibts bald auch Männer-Karten.

Literatur

— **Arbeiter-Jugend.** Die soeben erschienene Nummer 12 des 9. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Jung-Sozialist auf Wanderfahrten. Von E. R. Müller-Magdeburg. — Ein Ausflug zum „Alten". Von Otto Müller-Burg bei Magdeburg. — Was uns Karl Marx gelehrt hat. Von Isa Strasser. — Vincent van Gogh. Von Elfriede Schäfer. — Wanderfatzken und Wanderlümmels. Vom Bruder Straubinger. — Aus der Jugendbewegung. — Arbeiterinnen. Gedicht von Karl Bröger.

Die Saison ist vorgeschritten,
deshalb biete ich äußerst vorteilhaft an:

Garnierte Strohhüte
in farbig 68 ₰

Garnierte Bortenhüte
2.95 ℳ

Garnierte Hüte

Hutformen

Sporthüte
in weiß
95 ₰
1.95, 2.25—11.50

Elegant garnierte Hüte
4.95, 6.25—25.00 ℳ

Strohformen
in Sandfarbe
48 ₰

Sämtliche Zutaten:
Reiher
Federn
Blumen
sehr billig!

Bastglocken
in weiß und farbig
95 ₰

Nur solange Vorrat! Nur solange Vorrat!

Julius Goldstein

Abteilung: Putz. Lawendelgasse 4. (147)

ie Inder seien leider entwaffnet und isoliert, ohne die Möglichkeit, on außen Hilfe zu erhalten, sei aber erst Englands Macht gebrochen, ann werde das Wort von Indiens Loyalität sehr bald aus dem prachschatz Europas verschwinden. Die Zuschrift legt dar, daß nur nglands Verwaltung die wirtschaftliche, politische und wissenschaftiche Entwicklung der 320 Millionen Inder aufhalte und erklärt ihre efreiung für eine schreiende Notwendigkeit.

Rückzug der Engländer in Mazedonien

Während die Franzosen ihren unblutigen Siegeszug urch Griechenland fortsetzen, haben die Engländer am 16. Juni ich zur Räumung des linken Strumaufers entschließen müssen. amit fällt das in den Wintermonaten so heiß umkämpfte elände östlich der Struma wieder in die Hände der Mittelächte. Lediglich die Flußübergänge werden von den Engländern noch durch Brückenköpfe gehalten. Flammende Dörfer, esprengte Minaretts zeichnen den Weg des englischen Rückges. Nichts kann besser die ganze Heuchelei der Engländer nd Franzosen anläßlich der deutschen Zerstörung im Westen nnzeichnen, als daß diese sich bei der ersten Gelegenheit der leichen militärischen Maßregel bedienen. Inwieweit die englihen Zerstörungen militärisch begründet waren, soll nicht ntersucht werden. Immerhin berührt es eigenartig, daß die ngländer auf ihrem eiligen Rückzug keine Zeit hatten, die rahthindernisse und die Telephonanlagen in den verlassenen tellungen zu zerstören, wohl aber Ortschaften von verhältnisäßig geringem militärischem Wert in Brand zu stecken.

Friedensvorarbeit

Die deutsche Friedens-Denkschrift der Sozialdemokratie.

Die Denkschrift der deutschen Sozialdemokratie an die Stockolmer Konferenz gibt der alldeutschen Presse natürlich Veranlassung den gewohnten Schimpfereien. Allerdings muß sie schon sehr merkürdige Manöver anwenden, um aus dieser Denkschrift Preisgabe rklicher deutscher Volksinteressen folgern zu können, und — wie af Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" — alle möglichen nge in sie hineinlesen, die nicht darin stehen. Wir verzichten auf e Auseinandersetzung hierüber und begnügen uns, abzudrucken, s ein linksstehendes bürgerliches Blatt, das „B. T.", über die ntschrift ausführt:

Die von uns im heutigen Morgenblatt mitgeteilte Antwort r deutschen sozialdemokratischen Delegation auf die vom Stockolmer Komitee gestellten Fragen darf weit über die Kreise der eutschen Sozialdemokratie und der sozialistischen Internationale ergrüßt werden. Mit einer überzeugenden Ruhe und Sammlung wird hier ausgesprochen, was nicht bloß viele Tausende denken, ondern was tatsächlich geeignet sein dürfte, dem Weltkrieg in abehbarer Zeit ein Ziel zu setzen. Und wenn an diesen Ausführungen was besonders hervorgehoben werden soll, so möchten wir den achdruck darauf legen, daß sich in ihr Selbstbeherrschung mit voller urchschlagskraft in der Vertretung der nationalen Notwendigkeiten art. Hier, wenn irgendwo, ist der Beweis dafür geliefert, daß er Blick des Kulturmenschen über die Schranken des eigenen taates hinausreichen kann, ohne daß er deshalb die vaterländischen ebensbedingungen zu übersehen braucht. Und gleichzeitig ergibt ne eingehendere Prüfung, daß der Wille zum Frieden sehr wohl it einer würdigen, aber entschiedenen Vertretung des eigenen andpunktes zusammengehen kann. Selbstverständlich ist auch e Erklärung der sozialdemokratischen deutschen Mehrheit in Stockolm nicht das letzte Wort sowohl in der Richtung der deutschen riedensforderungen, wie in Hinsicht der der gegnerischen Annnungen. Aber wenn der Ton die Musik macht, dann wird man gen dürfen, daß auf dem von den Vertretern der deutschen Sozialmokratie eingeschlagenen Wege sich allerdings eine nützliche Aussprache über den Weltfrieden herbeiführen lassen wird, sofern auch e anderen Richtungen sich der gleichen Mäßigung und Sachlichkeit unterwerfen entschlossen sind. (Vorw.)

Deutschlands Friedenshand für Rußland

Für den Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen"

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" beschäftigt sich leitender Stelle mit der Note, die Präsident Wilson an die ssische Regierung gerichtet hat, um die Kriegsziele der Vereinten Staaten darzulegen.

Die „N. A. Z." stellt fest, daß Wilson in der Note die rte, mit denen er die Kriegserklärung an Deutschland Zeit rechtfertigte, vollkommen preisgegeben habe. Während ch früher auf den uneingeschränkten U-Bootkrieg berief, behauptet er jetzt, Amerika müsse die deutsche Gewaltherrschaft ätigen. Weiter entdeckte Wilson plötzlich ein Netz deutscher rigen, die alle von Berlin über Bagdad hinausgehen. Woher kommt, so fragt die „N. A. Z.", jetzt plötzlich dem Präsiten die Kenntnis von jahrzehntelangen Intrigen Deutschds? Das Blatt legt den Verteidigungs-Charakter der Dreibundverträge dar und ebenso den offenen Charakter der Abmachungen mit der Türkei über die wirtschaftliche Aufschließung Kleinasiens. Dann fährt er fort:

Dringend aber möchten wir dem Präsidenten Wilson empfehlen, sich zugleich von seinen Bundesgenossen die Verträge vorlegen zu lassen, in denen sich die Glieder der Entente ihre gegenseitigen Kriegsgewinne zugesichert haben. Er wird finden, daß — Herr Briand hat das neulich in einer Geheimsitzung der französischen Kammer zugeben müssen — Frankreich und mit ihm England Konstantinopel an Rußland, und daß als Gegengabe Rußland an Frankreich nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern das linke Rheinufer versprochen hat. Er wird ferner finden, daß die Entente für Kleinasien einen vollständigen Aufteilungsplan aufgestellt hat, dessen Geltung im einzelnen in den Verhandlungen, die die Westmächte hinter dem Rücken Rußlands führen, allerdings immer noch Schwierigkeiten begegnet, weil der italienische Machthunger mehr verlangt, als England und Frankreich gut finden. Um so größeres Entgegenkommen hat Italien allerdins bei der Zusage weiter österreichisch-ungarischer Ländereien gefunden, ebenso wie das bei Rumänien der Fall gewesen ist. Recht interessant wird es für die Vereinigten Staaten auch sein, dabei zu erfahren, welche Verrechnungen auf Kosten der serbischen Alliierten an Bulgarien als Preis für seinen Eintritt in den Krieg an seiten der Entente gemacht worden sind.

Die „N. A. Z." fordert Wilson auf, darauf zu dringen, daß die Kriegsziele seiner Verbündeten durch Veröffentlichung der Verträge aller Welt bekannt werden. Sie schließt mit folgender erfreulicher Mahnung an die Adresse Rußlands:

Das neue Rußland hat wiederholt erklärt, daß Kriegsziele wie diese nicht die seinigen sind. Rußland hat vielmehr für seine Politik die Formel eines Friedens ohne Annexionen und Kriegskontributionen geprägt. Diese Formel bildet keineswegs ein Hinderungsgrund für einen Frieden zwischen Rußland und den verbündeten Mächten, die von Rußland nie Annexionen und Kontributionen gefordert haben. Die Mittelmächte und ihre Verbündeten wollen vielmehr in freier gegenseitiger Verständigung mit Rußland durch Ausgleich einen Zustand schaffen, der ihnen fortan ein friedliches und freundnachbarliches Nebeneinanderleben auf alle Dauer gewährleistet. Wir möchten glauben, daß diese Erklärungen, wie sie schon in allen bisherigen Kundgebungen der verbündeten Mächte ausgesprochen wurden, an Klarheit und Bestimmtheit die Ausführungen des Präsidenten Wilson bei weitem übertreffen.

Neutrales Urteil für das deutsche Programm

Stockholm, 17. Juni. Zu der Friedenserklärung der deutschen sozialdemokratischen Mehrheit in Stockholm bemerkt „Aftonbladet": Dieses Programm ist ein Aktenstück von hohem politischem Rang, gemäßigt und staatsklug zugleich. Zweifellos wird es Aufmerksamkeit erwecken und die Erörterung über den Frieden stark in Bewegung bringen, falls die Ententevölker es lesen dürfen, was wohl keine Kriegszensur verhindern kann. Am allerwenigsten kann die Erklärung mit überlegenem Hohn oder mit dem Gerede von deutscher Furcht abgefertigt werden, denn von Furcht vor der Fortsetzung des Krieges bis zur Erreichung eines annehmbaren Friedens merkt man keine Spur. In den Hauptstücken dürften die neutralen Völker zufrieden sein, wenn der Friede in Europa auf dieser Grundlage errichtet werden kann. Die Worte des Programms über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die sich durch die Kriegsereignisse von fremder Oberhoheit befreit sehen, müssen den kleinen neutralen Völkern besonders zusagen, ebenso wie die Erinnerung an die Notwendigkeit entsprechender Autonomie für diejenigen Nationalitäten, die wie die Irländer und Nordschleswigholsteiner usw. vom Frieden keine Aenderung ihrer staatsrechtlichen Stellung erwarten können. Auf jeden Fall dürfte dieses Aktenstück von den Völkern der Entente nicht als bedeutungslos abgefertigt werden können.

Die entzifferte Schweizer Depesche

Die chiffrierte Depesche des schweizerischen Bundesrats Hoffmann an die schweizerische Gesandtschaft in Petersburg zur Information Grimms, ist, wie gemeldet, von unbefugter Hand entziffert worden. Dazu wird uns noch gemeldet: Nicht nebensächlich bei der Publikation der entzifferten Depesche in Brantings „Sozialdemocraten" ist der Umstand, daß gegenwärtig gerade „zufälligerweise" der bisherige Londoner Botschafter in Petersburg, Herr Buchanan, sich in Stockholm aufhält, wo er eben eingetroffen war. Der Zusammenhang liegt auf der Hand. Man pflegt in Zeitungsredaktionen kaum in der Lage zu sein, Staatstelegramme aufzufangen und entziffern zu können. Zu solchen Hintertreppen-Unternehmungen ist schon ein größerer Apparat erforderlich und man dürfte kaum fehl gehen, wenn man annimmt, daß bei der ganzen Angelegenheit Herr Buchanan die Hand im Spiel gehabt hat.

Der in Stockholm anwesende Genosse W. Janson stellt ausdrücklich fest, daß die Entente-Botschafter laufend über die streng vertraulich geführten Verhandlungen genau unterrichtet sind. Gegen diese „Friedens"-Arbeit ihres Freundes und Vermittlers Branting haben die deutschen „Unabhängigen" nichts einzuwenden! Es gibt aber „revolutionäre Politiker", **die vor dem ersten Friedenstage zittern, an dem sie sich vor dem Volke, das sie so ungeheuerlich täuschten, verantworten sollen.**

Die Arbeit der nordischen Friedens-Internationale

Stockholm, 19. Juni. **(Eigener Drahtbericht.) Es erscheint jetzt sicher, daß hier Mitte Juli der vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat einberufene allgemeine Kongreß mit dem holländisch-skandinavischen Komitee stattfinden wird.**

Heute traf hier über Haparanda der Schweizer Nationalrat Grimm ein.

Wie hier bekannt geworden ist, vertritt der russische Arbeiter- und Soldaten-Rat bei seiner Gesamtklagung 52 Mill. Arbeiter, Soldaten und Bauern.

Das holländisch-skandinavische Komitee hatte heute Beratungen mit den amerikanischen Delegierten; diesen Donnerstag soll mit den Tschechoslawen verhandelt werden.

Die „Unabhängigen" in Stockholm

Stockholm, 13. Juni. („B. T.") „Sozialdemokraten" erhielt vom Reichstagsabg. Haase-Königsberg ein Telegramm, daß die Vertreter der deutschen Minderheit nicht vor dem 21. Juni nach Stockholm abreisen würden.

Wann die „Unabhängigen" endlich ihre angeblich überaus heiße Friedensliebe betätigen werden, weiß man nun noch immer nicht. Gegenüber der ernsten Friedensarbeit von Stockholm, die über das Schicksal Europas entscheiden kann, wird ihr Verhalten immer rätselvoller. Sollte vielleicht schon die, gelinde gesagt, sehr unvollständige Darstellung der Paßfrage, die Abg. Haase ohne ersichtlichen Grund in die Oeffentlichkeit brachte, vorbeugen? In der freien Luft Stockholms, die keine Zensur oder andere Beschränkungen kennt, läßt sich — Auge in Auge gegen die deutschen Sozialdemokraten — und vor so unbestechlichen Richtern wie Borgbjerg, Stauning usw., mancher „Verrat" und manche „Regierungsknechtschaft" nicht aufrechterhalten, die anonyme Flugblätter „interessant" machte. Warum sagt man es denn aber nicht offen heraus, daß der unabhängige Nimbus sich nicht nach Stockholm wagen darf? Die anscheinend so schneidigen Treibereien des „Unabhängigen" Dr. Mehring, zeigten doch schon, daß die Demagogie ein gutes Gewissen hat.

Politische Rundschau

Friedensfeindliche „Enthüllungen" für die Alldeutschen

hat die „unabhängige" „Leipziger Volkszeitung" besorgt. Einige ehrenwerte Mitglieder der Fraktion der „Unabhängigen" haben sich in den Jahren 1914 und 15, als die Sozialdemokratische Fraktion anscheinend noch ein einheitliches Gebilde war, für die Zeiten der Spaltung, an deren Herbeiführung sie schon damals arbeiteten, Notizen auf die Manschetten gemacht. **Und einzelne Sätze aufgekritzelt, mit denen sie später gegen die Fraktionskollegen zu arbeiten gedachten!** Es sind herausgerissene Sätze aus vertraulichen Besprechungen, bei denen Datum und Zusammenhang fehlen und mit denen man also alles beweisen kann. Diese Notizen hat die „Leipziger Volkszeitung" sorglich aufbewahrt! Als Fraktionsvorstand und Parteivorstand in Stockholm an der Friedensarbeit waren, hat sie dies Material jetzt hervorgeholt, um deren Bemühungen um die Verständigung dort fruchtlos zu machen. Und hier in Deutschland den Alldeutschen Material gegen die Friedensforderungen des Volkes in die Hände zu spielen. Ein sauberes Geschäft und eine saubere Methode! — Nach der Darstellung der „Leipziger Volkszeitung", die sie über zwei Leitartikel breitdrückt, sollen Scheidemann, David und andere gelegentlich Aeußerungen getan haben, die sich gegen einen unentschiedenen Krieg und gegen einen Frieden ohne Annexionen richteten. Sie hätten sich dagegen gewehrt, daß man vom Reichskanzler bestimmte Festlegung der deutschen Friedensziele zu erhalten suche, und hier und da Protest gegen Annexionskundgebungen für unangebracht gehalten. Ob ihre vertraulichen Aeußerungen richtig wiedergegeben sind, lassen wir vollkommen dahingestellt.

Einstweilen möchten wir bloß darauf hinweisen, daß es eine unsägliche Albernheit ist, einen Mann deswegen zu schelten, weil er eine bestimmte Interpellation, die er etwa 1915 für gefährlich hielt, 1917 selbst eingebracht hat. Was einmal als bloßer Ausdruck der Schwäche erschienen wäre, kann ein andermal als wirkungsvoller Friedensschritt im sicheren Vertrauen auf die eigene Widerstandskraft ausgezeichnet sein. Was vor der russischen Revolution ohne jedes Echo verhallt wäre, konnte nach ihr klug den Frieden beschleunigen. Die abgerissenen Fälschersätze der „L. V." beweisen also sachlich gar nichts. Man müßte doch erst den Zusammenhang kennen, den ganzen Gedankengang, aus dem sie herauswuchsen, und vor allem die Zeit, in der sie ausgesprochen wurden. War es doch kein anderer als Haase selbst, der im Frühjahr 1915 die Ausarbeitung eines Friedens-Aufrufes übernommen hatte und dann doch, mit Rücksicht auf die italienische Kriegserklärung, davon Abstand nahm; trotzdem aber doch sein „Gebot der Stunde" in die Welt setzte. Derartige Beispiele ließen sich noch in großer Zahl anführen. Aber die „Leipziger Volkszeitung" hat wenigstens die Wirkung erreicht, daß die — „Deutsche Tageszeitung" ihre „Enthüllungen" als einziges deutsches Blatt mit großer Genugtuung nachdruckt! Und dadurch erneut den wertvollen Beweis geliefert, daß „Unabhängige" und Alldeutsche eng zusammenarbeiten, um die sozialdemokratische Friedensarbeit zu stören. Die auch zeitlich bemerkenswerte Uebereinstimmung dieser Friedens-Niederhetzung mit Brantings Depeschen-Bombe liegt unzweideutig klar zutage.

Konservative Kriegsschürung gegen die Demokratie.

„Am schlimmsten", versichert Wolfgang Eisenhart in der feudalen „Kreuz-Zeitung" noch einmal, wie T. W. im „Berl. T." schreibt, „würden die Rückwirkungen eines ungenügenden Friedens auf unser inneres politisches Leben" sein. „Eine verzweifelte Stimmung" würde „über das deutsche Volk kommen, deren tiefer Pessimismus jeden nationalen Aufschwung unmöglich macht". Das Volk würde „irre an seinen nationalen Idealen, irre an seiner Regierung, irre an seiner Zukunft werden", und **„dann ist der Boden bereitet für die unheimlichen Mächte einer staats- und völkerzersetzenden sozialen Demokratie".** Was Wolfgang Eisenhart hier vorbringt, haben in den letzten Monaten viele seiner Gesinnungsgenossen mit ähnlicher Deutlichkeit gesagt. **Es ist im Interesse des Volksganzen wirklich notwendig, daß man diese „Warner" vor ihren eigenen Worten warnt.** Das deutsche Volk weiß, daß es weiterkämpfen muß, weil es nun einmal in der Dornenhecke drin ist und weil der Selbsterhaltungstrieb vorwärtsdrängt. Es muß kämpfen, weil in diesem Augenblick noch kein Ausweg ins Freie sich erspüren läßt. Es muß kämpfen, weil **auch auf der Feindesseite die dort noch übermächtige Schar der Annexionisten, der Marktathleten keine Beendigung der grauenvollen Orgie will. Es kämpft, weil es seinen Heimatboden, seine Selbständigkeit liebt. Aber man sollte nicht sagen und schreiben, die Fortsetzung des Krieges, über solche Ziele hinaus, sei notwendig zur Niederhaltung der Demokratie. Man sollte das nicht der Demokratie sagen, die im Lande die schwere Last trägt, und nicht der Demokratie, die in den Schützengräben liegt.**

Kriegsscharfmacher im Zentrum.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung", das Blatt der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, bringt an der Spitze der jüngsten Nummer eine Zuschrift gegen die eroberungslustigen Kriegsschürer im Zentrum. Der Einsender bedauert nach den üblichen Erfahrungen, daß das Verbot der Kriegszielerörterung aufgehoben worden sei; dann fährt er fort:

„Hätte man doch lieber aus den „zielbewußten" Wortkämpfern freiwillige Sturmbataillone gebildet, denen schwierige Spezialaufgaben an der Front übertragen worden wären! **Die „Kölnische Volkszeitung" hätte sicher einige schneidige Bataillonskommandeure dazu geliefert.** Die Stellungnahme dieser Zeitung schwebt mir vor allem vor, wenn ich an den großen Kriegszielstreit in der Presse denke. . . . In einem Artikel werden gewisse Mindestforderungen für einen „deutschen Frieden" zusammengestellt. Dazu werden öffentliche Zustimmungserklärungen erbeten; ein vorgedrucktes Formular ist gleich angefügt."

Der Verfasser erhebt Widerspruch dagegen, daß dies Programm der „Kölnischen Volkszeitung" „Hindenburgfriede" genannt wird; die Bezeichnung „täuscht den durchschnittlichen, das heißt, oberflächlichen Leser". Dann schreibt er:

„Ich erhebe Widerspruch gegen die Beweiskraft der Zustimmungen, und wenn viele Tausende einlaufen. Sie sind wertlos, solange nicht das Formular die Fragen enthält: Wieviel Söhne gefallen? verwundet? in Gefangenschaft? noch an der Front? Wie lange selbst an der Front? An der Somme, in der Champagne, bei Arras, an der Aisne, in Rumänien und so weiter mitgekämpft? Welche Schäden und Hemmungen im Beruf, im Familienleben erlitten? Und noch ähnliche Fragen wären zu stellen. Zustimmungen der „feldgrauen Freunde", die „auch" gewünscht werden, beweisen an und für sich noch gar nichts. In Brüssel und Antwerpen, wo man bequemer und billiger lebt als in Köln, fällt die „Zustimmung" nicht schwer. Im Westen und Osten gibt es genug Leute, für die der Krieg ein köstliches Abenteuer voll Selbstherrlichkeit und Sorglosigkeit ist, während sie mit Friedensschluß in ihr gewohntes spärliches Dasein zurücksinken. Nicht solche Stimmen wiegen, sondern die der Opfernden und Blutenden."

Der Schluß des Briefes lautet wie folgt:

„Und wenn sie (die Frontkämpfer) gar vermuten müssen, daß man aus geheimen innerpolitischen Gründen einen möglichen Frieden zu Tode hetzt, daß man vielleicht einen „Hindenburgfrieden" vorgibt, um eine Waffe gegen den Reichskanzler zu haben, dann wünschen sie bei einer solchen Verquickung des „Innern" mit dem Kriege von Herzen eine zeitweilige Uebertragung des Krieges aufs „Innere": derartigen Verquickungspolitikern möge geschehen, was dem Verräter vor dem Feinde geschieht. Zur Exekution hatte ich meine Kompagnie empfohlen, sicher wird aber jede andere Frontkompagnie ebenso gern bereit sein."

Diese Sprache ist entschieden. Wer aber die Kriegs- und Kriegszielpolitik kennt, die gerade die „Kölnische Volkszeitung" seit den Tagen des Ultimatums an Serbien betrieben hat, der wird sagen müssen, daß dies Urteil über die alldeutsch-klerikalen Daheimkrieger noch gelinde ist. Es gilt in voller Schärfe auch der „Ermländischen Zeitung".

Noch ein alldeutsch-konservativer Revolutionär.

Der Ruhm des Generals der Kavallerie, Freiherrn v. Gebsattel, beginnt zu schwinden. Denn am Himmel der alldeutsch-konservativen Revolution ist ein neues Gestirn aufgegangen, vor dessen hellem Glanz sich das bescheidene Licht des modern Generals wie eine arme Nachtlampe ausnimmt. Herr Dr. Schmidt-Gibichenfels ist zwar nur ein bescheidener Infanterist der guten Sache, Herausgeber der „Politisch-anthropologischen Monatsschrift" und konservativer Wanderredner. Aber wie anders weiß der seinen Fliederwisch zu führen!

Im Juniheft seiner Zeitschrift schreibt er:

Warum nun wird innerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes nicht jeder, der mit diesem wahrhaft teuflischen Geiste (natürlich Englands. Red. d. V.) sich zu vertragen, zu verständigen auch nur im entferntesten hofft oder gar wünscht, von der aufbrausenden Volkswut wie ein giftiges Gewürm vertreten und als unförmliche Leiche zur öffentlichen Warnung an den Pranger gestellt?

Kommt es nun aber zum „Scheidemannfrieden", was dann?

Die Revolution wird dann nicht etwas nur unten, sondern in allen Schichten gleichzeitig ausbrechen; aber was wird es dann helfen, wenn die Betrogenen ihre angeblich „demokratischen" Wortführer, wie der Sturmwind das dürre Laub, davonjagen? Es wird uns kein Land und keine Kriegsentschädigung zurückbringen..... Die Volkswut wird dann vielleicht diejenigen, deren sie habhaft werden kann, in Stücke reißen, aber was wird das dann noch nützen?.... Dann aber könnte auch unsere Regierung einmal die Erfahrung machen, daß es nicht gut ist, immer nur vor dem feindlichen Auslande und den Führern der Sozialdemokratie Angst zu haben und Nachgiebigkeit zu zeigen. Es könnte dann in unserem gesamten Volke einschließlich der bisher sozialdemokratisch beeinflußten Handarbeiter ein „furor teutonicus" losbrechen, gegen den der auf dem Schlachtfelde bewiesene nur ein Kinderspiel ist.

Auf die Sozialdemokratie ist dieser alldeutsch-konservative Schlagedichter natürlich sehr schlecht zu sprechen, hauptsächlich deshalb, weil sie keine Revolution machen will. Die Regierung, meint er, würde nicht gestürzt werden, „denn das wäre, allen bisherigen Erfahrungen nach, nur durch eine Revolution möglich, und wer soll die machen? Die Sozialdemokraten werden sich hüten. „Die wissen, was dabei herauskommt . . ." Und daß sie das wissen, bedauert Herr Dr. Schmidt lebhaft. Denn:

Ein paar Maschinengewehre in der Hand absolut zuverlässiger Leute — und die finden sich bei uns unter allen Umständen noch — würden genügen, um auch die größten Massenansammlungen in den Straßen mit Leichtigkeit auseinanderzusprengen.

Wenn es sich nicht um das Blut der eigenen, ohne ihre Schuld von der Regierung mißleiteten und von ausländischen Agenten irregeführten Volksgenossen handelte, dann könnte ein Vaterlandsfreund fast wünschen, daß solche Straßenputschversuche gemacht würden; denn dann würde, müßte endlich, endlich eine andere, willenskräftige, entschlußfähige Regierung die an der Erde schleifenden Zügel ergreifen und die inneren wie die äußeren Angelegenheiten, die ja beide auf das innigste miteinander zusammenhängen, im nationalen — nicht internationalen — Interesse lenken und leiten.

Indem wir dem Herrn Verfasser für die freundlichen Gesinnungen, die er uns entgegenbringt, bestens danken, nehmen wir für diesmal von ihm Abschied. (Vorw.)

Fortschrittlicher Preußentag

Das Ergebnis des fortschrittlichen Preußentages ist laut „Berl. Tagebl.": Die Forderungen des gleichen Wahlrechtes für Preußen sowie die Reform des Herrenhauses und der Verwaltungsorganisation wurden angenommen, die Frage des Gemeind Frauenwahlrechts vertagt! An den Verhandlung nghmen 176 Parteimitglieder teil, 11 Reichstagsabgeordnete, 23 Lan tagsabgeordnete und 142 Delegierte und Vorsitzende der Verbän

Das elsässische Zentrum gegen den Universitäts-Etat

In der Zweiten Kammer des elsaß-lothringischen Landtag lehnte die Zentrumsmehrheit den Etat der Universität ab, weil d katholische Theologe Müller, der Mitglied der Zentrum fraktion ist, nicht zum Rektor gewählt worden ist. Der seiner Stelle gewählte Rektor Mayer ist selbst Altelsässer, aber P restant. Der Staatssekretär erklärte, die Regierung habe kein Re in die freie Wahl dieses Selbstverwaltungskörpers einzugreifen.

— **Hindenburg-Telegrammunfug.** Sehr nett verulkt Peter Scher in der „Frankf. Ztg.":

„Ueber die Lage sind verstimmt
Professor von Schnickell, Hofrat Zimmt.
Sie kommen im roten Ochsen zusammen,
Um Hindenburg anzutelegrammen.
Die Antwort, ob, wann, wie sie fällt,
Wird eingerahmt, wird ausgestellt.
Und hat nun — programmatisch zu gelten . . .
Doch Hindenburg, heißt's, lacht trotzdem selten." —

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i.

Zentral-Bibliothek
Danzig
4. Damm 7, II (Eing. Häkerg.)
ca. 2000 Bände
Geöffnet Mittwoch 7—8 Uhr
Sonnabend von 6—8 Uhr
Allen Gewerkschafts- und Parteigenossen zur unentgeltlichen Benutzung auf das wärmste empfohlen
Die Bibliotheksverwaltung

Für die Wiederaufbauarbeiten in Ostpreußen werden
Maurer
Zimmerer
Tischler 144
gesucht.
Nähere Auskunft über Reisevergütung, Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen erteilt der
Arbeitsnachweis für das Baugewerbe,
Königsberg i. Pr., Klapperwiese 3.

Betrachten Sie meine Fenster
bevor Sie Ihren Bedarf decken in
Herren-, Jünglings- u. Knaben-Kleidung
Meine Läger sind reichlich sortiert und findet heute noch jeder das Gewünschte in einer Auswahl, wie sie nur ein **erstklassiges Spezialgeschäft** wie das meine zu bieten imstande ist.
Mass-Abteilung: Ich führe die neuesten Stoffe, liefere vorzügliche Arbeit zu den heutigen Verhältnissen entsprechend mässigen Preisen.
Für jedes bei mir gefertigte Kleidungsstück übernehme volle Garantie. 151
Breitgasse 128/9.
Telefon Nr. 2121.
J. Rosenbaum
Modernes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Moden.

E. Nr. 2702

Bekanntmachung

über Aufhebung der Verordnung betr. Schrotmühl

Nachdem die Tätigkeit der Nachprüfungsausschüsse endet ist und nunmehr in den einzelnen Betrieben die ab liefernden Mengen an Getreide entnommen sind, wird Bekanntmachung vom 31. März 1917 E. Nr. 1213, welcher die Benutzung von Schrotmühlen zur Zerkleinern von Getreide zu Speise- oder Futterzwecken untersagt aufgehoben.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 14. Juni 1917.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienb

Bekanntmachung.

Nr. E. 1100/5. 17 KRA. Kst. Id Nr. 22

Am 20. Juni 1917 tritt eine Bekanntmachung in Kr durch welche alle Vorräte an **Braunstein** im Rohzustand aufbereitet in Mischungen und Halbfabrikaten, sowie Kun **braunstein** beschlagnahmt werden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den gierungsamts- und in Kreisblättern, sowie in öffentlich Anschlägen einzusehen.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 20. Juni 1917.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienb

Echt gekachelten garant. rein. **Schnupftabak** off rie
Julius Gosda, Rohtabakgroßhandlung und Schnupftabakfabrik
Danzig, Ecke Häkergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 24

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl. *Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen.*
Julius Goldstein
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Café Bürgergarten
Schidlitz :: Karthäuserstrasse
Herrlicher Garten
Angenehmer Familienaufenthalt.
Um regen Besuch bittet
150 **M. Steppuhn Wwe.**

Arbeiter-Gesundheits-Biblioth
Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller
Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein
Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirsch
Heft 4. Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek-Berlin
Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich
Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein
Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. G
Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes
Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein
Jedes Heft kostet 20 Pfennig
Gute Ausgabe auf holzfreiem Papier jedes Heft 50 Pfg.
Die Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen
Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und einzeln käuflich
Wo es der Inhalt erfordert, sind Abbildungen beigefügt.
Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse

Infolge Malzmangels bringen wir von jetzt an zum Ausstoss:
Helle und dunkle, leichtprozentige, obergärige
Fassbiere . . mit Mk. **25.—** pro Hektoliter.
Tafelgetränk Hopfenblume, Ersatz für
Bier . . . . . Mk. **18.—** pro Hektoliter.
Helle und dunkle, leichtprozentige, obergärige
Flaschenbiere . . mit **16** Pfg. pro Flasche.
Hopfenblume . . mit **14** Pfg. pro Flasche.
Diese Preise gelten **nur für Wiederverkäufer** und zwar ab Fabrikationsort; nach auswärts entsprechende Zuschläge. — Wir bemerken, dass wir nur noch zirka 15% des Friedensbedarfs in Zukunft liefern können.
Danzig, den 19. Juni 1917. 149
Verband der Brauereien von Danzig und Umgegend.